

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 21. Dezember 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

„Standesbewegung“ der deutschen Techniker.

Als vor fünf Jahren der Bund der technisch-industriellen Beamten gegründet wurde, war vorauszu sehen, daß die Entwicklung dieser Organisation nicht ohne Hindernisse von statten gehen werde. Im Gegensatz zu anderen bürgerlichen Harmonieverbänden und Fachvereinen wurde hier die Notwendigkeit betont, gleich den Arbeitern die wirtschaftliche Interessenvertretung nur durch die Gründung von Gewerkschaftsorganisationen zu übernehmen. Es war vorauszu sehen, daß sich die Unternehmer dieser Entwicklung der Dinge entgegenstemmen würden. Der Angestellte als der Mittelsmann im Betriebe soll ja Antreiberfunktionen verrichten. Er kann diesen Verpflichtungen im gewünschten Umfange nur nachkommen, wenn er antisozial denkt und handelt. Die sogenannte „Fabrikdisziplin“ wird in dem Maße gelockert, als der technische Angestellte sein eigenes Hörigkeitsverhältnis zum Kapital erkennt und seine Fesseln abzuschütteln sucht. Die Unternehmer haben deshalb die renitenten Techniker wiederholt durch Maßregelungen und Verbote zur Ruhe zu bringen gesucht, ohne daß ihnen freilich diese Bemühungen etwas genützt hätten.

Gegenwärtig zeigt sich nun innerhalb der deutschen Technikerschaft eine sehr interessante Entwicklungstendenz. Es sind Kräfte am Werke, die den Ingenieur in seinem „Standesbewußtsein“ stärken wollen. Kürzlich ist ein Verband deutscher Diplomingenieure gegründet worden, der sich die Aufgabe stellt, abgesehen von der übrigen Technikerschaft die Interessen des Diplomingenieurs zu vertreten. Um Wesen und Art dieser Organisation zu verstehen, ist es notwendig, sich über die Stellung des Diplomingenieurs innerhalb der Technikerschaft klar zu werden.

Auch unter den technischen Industriebeamten gibt es Unterschiede der beruflichen Ausbildung. Der Akademiker scheidet sich vom Fachschultechniker. Hat der Akademiker einen bestimmten Studiengang bis zum Abschluß seines Diplomexamens zu absolvieren, so ist der Nichtakademiker gewissermaßen ein ungeprüfter Techniker. Seine Ausbildung erhielt er auf einer technischen Mittelschule, oft sogar nur auf einer Abendchule. Bemerkenswert ist der Umstand, daß in der Praxis diese Unterschiede mehr und mehr verschwinden. Der Fachschuliker tritt dem Akademiker auf dem Arbeitsmarkte als Konkurrent gegenüber. Oft ist sogar der Nichtakademiker dem Hochschuliker überlegen, weil für bestimmte Funktionen die Kenntnisse des ehemaligen Praktikers wertvoller sind, als das auf der Hochschule erworbene rein theoretische Wissen. Die Unterschiede der Vorbildung werden durch die Praxis immer mehr ausgeglichen. Der Diplomingenieur beklagt sich deshalb darüber, daß für seine Arbeitskraft in der Industrie nicht genügend Stellen reserviert sind und er andererseits in Tätigkeitsgebiete eintreten muß, die seiner theoretisch-wissenschaftlichen Vorbildung nicht entsprechen.

Auch die bürgerliche Sozialpolitik hat ihre Darstellung über diese Dinge auf den gleichen wehleidigen Ton gestimmt. Als ob hier eine Entwicklung auf Grund irgend einer Zufallsbildung vor sich gehe! Im Gegenteil zeigt es sich, daß diese Vorgänge im Wesen des kapitalistischen Betriebes völlig begründet liegen. Den Gesetzen der modernen Fabrikorganisation ist nicht nur der Arbeiter unterworfen, sondern auch die Stellung des Angestellten wird davon in Mitleidenschaft gezogen.

Im modernen Industriebetrieb wird überall nach dem Prinzip gearbeitet, unter Vergabe der geringsten Leistung den höchsten Ruhezustand zu erzielen. Die Maschine wird deshalb in den Arbeitsprozess der Werkstatt eingegliedert. Die Handarbeit wird zurückgedrängt, das Maß der erforderlichen Handgeschicklichkeit geht herab. An Stelle des gelernten Arbeiters wird der ungelernete Arbeiter und die arbeitende Frau in die Betriebe hineingezogen.

Eine gleiche Entwicklung muß sich naturgemäß auch im Fabrikkontor vollziehen. Hier bringt die Arbeitsteilung ähnliche Wirkungen hervor. Eine gesteigerte Leistungsfähigkeit ist auch hier nur möglich, wenn die Arbeit des Einzelnen vereinfacht wird. Jeder Angestellte bekommt ein einziges Spezialfach zur Bearbeitung angewiesen. Hat er sich einmal eingearbeitet, so bleibt er in diesem Tätigkeitsgebiet. Der industrielle Großbetrieb hat seiner ganzen Organisation entsprechend keinen Platz für beruflich umfassend ausgebildete Arbeitskräfte. Er braucht wenig Köpfe und eine möglichst große Zahl von Handlangern; denn das Bestreben einer modernen Betriebsführung geht darauf hinaus, die wirklich leitenden Funktionen, die Initiative des Handelns, möglichst wenigen Personen zu übertragen, die große Zahl der ausführenden Kräfte haben nach bestimmtem vorgeschriebenem Dispositionen zu arbeiten. Im Konstruktionsbureau entwirft der Chiefingenieur; der Techniker als Zeichner arbeitet aus. Im Prüfzimmer untersteht dem wissenschaftlich gebildeten Laboratoriumsingenieur eine ganze Gruppe einfach vorgebildeter Hüfskräfte, die ihm einfache Arbeiten abnehmen usw.

Der Glanz der Technik hat den technischen Berufen ein ganzes Heer von Arbeitskräften zugeführt. Ein Ueberangebot

ist entstanden und das vorhandene Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wird noch gesteigert durch die offizielle Schulpolitik, die von einflussreicher Seite bisher getrieben wurde. Besonders die Unternehmer haben jeder neuen Schulgründung das Wort geredet, weil ein Ueberangebot von Arbeitskräften die Einkommensverhältnisse der Angestellten herabdrücken konnte. Geringe Entlohnung, umfangreiche Stellenlosigkeit, das sind die Begleiterscheinungen, von denen besonders in Zeiten der Krise auch die technischen Angestellten betroffen werden.

Angefaßt dieser Tatsache ist die Gründung eines Verbandes für Diplomingenieure eine Farce. Der Diplomingenieur geht durch seine praktische Tätigkeit vollständig unter innerhalb der gesamten Technikerschaft, und der Technikerstand selbst vereinigt Leute der verschiedenartigsten beruflichen Bildungsgrade. Ganz richtig hat einer der gründlichsten Kenner dieses Milieus Dr. H. Ved in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“ die Situation wie folgt gezeichnet: „Der Ingenieurstand ist ein buntes Gemisch, kaum weniger gewürfelt als Kaufleute, Künstler oder Schriftsteller.“

Wenn nun einige Professoren der Technischen Hochschule in Charlottenburg sich als Förderer dieser „Standesbewegung“ aufspielen, so zeigt sich auch hier, will man nicht bewußt reaktionäre Absichten annehmen, wieder ein Beispiel der professoralen Lebensuntrennung unserer Zukunftsgelerten. Da sitzen die Herren bogierend auf ihren Lehrstühlen, jahraus jahrein strömt eine immer größere Zahl von technischen Jüngern den Hörsälen zu, am Silbsterschluß steigt dann regelmäßig die Abschiedsrede, in denen man den Hochschülern, die nun auf die Praxis losgelassen werden, die Bedeutung und die Ausfichten ihres technischen Berufes vor Augen führt. Wie ganz anders sehen in Wirklichkeit diese Dinge aus! Auch der technische Angestellte wird trotz seiner akademischen Würden umgepannt in ein soziales Abhängigkeitsverhältnis zum Kapital! Und diesen Proletarisierungsprozess kann auch der neugegründete Verband deutscher Diplomingenieure zur Hebung des „Standesbewußtseins“ innerhalb der Technikerschaft nicht mehr aufhalten.

Es lebe die soziale Republik!

Das Bureau des Generalrats der belgischen Sozialdemokratie veröffentlicht in der Sonntagnummer des Blattes „Peuple“ folgende scharfe Abfrage an etwaige Versuche, die Sozialdemokratie vor den Wagen des neuen, angeblich sozialistischen Königs zu spannen:

„Im Augenblick, da, nachdem Leopold II. gestorben, Albert I. berufen ist, den Thron zu bestiegen, schuldet die Arbeiterpartei es sich selbst, ihrer Vergangenheit, ihrem Programm und ihrer Aufgabe als Vertreterin der Arbeiterinteressen, scharflicht das Verbotnis ihrer republikanischen Ueberzeugung auszusprechen, an der sie unerschütterlich festhalten wird.“

Unter dem Regime, das soeben zu Ende gegangen ist, hat die alte Auffassung des Bürgerkönigtums tiefgehende Veränderungen erfahren.

Vor 20 oder 30 Jahren war der König nur ein Symbol; Leopold II. ist der große Organisator des politischen Kampfes geworden, den der Kapitalismus gegen das Proletariat führt.

Zur Zeit der Malou und Frère-Orban war der König nichts weiter als der Firmenträger seiner Minister; mit Hilfe der Großbanken ist er der Herr der Regierung geworden, der Hauptakteur ihrer Politik, der einflussreichste Chef der großen Finanziers und der Industriebarone.

Früher kostete der König der Nation nur die 800 000 Franc der Privatliste; er kostet uns heute 200 Millionen, die ihm für die Annexion des Kongo gezahlt sind, die fabelhaften Summen, die der Militarismus verschlingt und vielleicht schon morgen — denn seine Politik wird ihn überleben — die Ausgaben, die der Bau einer Kriegsmarine nach sich ziehen wird.

Aus allen diesen Gründen hat die Arbeiterpartei immer für die Republik und gegen die königliche Politik gekämpft.

Sie wird in dieser Haltung beharren.

Vergeßlich träumen gewisse Leute davon, daß der Wechsel der Personen wesentliche Veränderungen in der Haltung der Monarchie zum Proletariat bewirken werde.

Albert I. wird wie sein Onkel regieren, im Einvernehmen mit den Großbanken, der Großindustrie und dem Großhandel. Er wird nicht ohne sie regieren können und wenn er sich von ihnen trennen wollte, würde er gestürzt werden. Wenn er nicht, wie Leopold II., Geist und Charakterstärke genug hat, um die Privilegierten der herrschenden Klasse zu führen, so wird er von ihnen geführt werden. Er wird in jeder Beziehung ein Instrument jener, die sich durch die Arbeit anderer bereichern, zur Unterdrückung der Arbeiter sein.

Zwischen dem Sozialismus und der Monarchie ist keine Verständigung möglich und in dem Augenblick, wo das offizielle Belgien sich rüht, dem König Albert I. zuzujubeln, in dem Augenblick wo man von neuem verliert, den Monarchen mit einem Schein solcher Demokratie zu umkleiden, wird aus der Brust der Arbeiter gleich Sturmessbrausen der Ruf der Hoffnung und der Freude brechen:

Es lebe die soziale Republik!

Das Bureau des Generalrats.
Tilmans, Maes, Baas, Quynmans, Delpoort, Vanderbelde, Voldact, De Brouckere, Lelou.

Brüssel, 20. Dezember. Kammer und Senat haben eine Kommission ernannt zur Ausarbeitung einer Adresse

an König Albert. Die zu der Kommission gehörigen Sozialdemokraten werden nicht an der Beratung teilnehmen.

Die Rettung eines Parlaments.

Nach 86 Stunden ist am Sonntag um 1 Uhr früh die denkwürdige Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses geschlossen worden, die Mittwoch um 11 Uhr vormittags angefangen hatte. Und als der Präsident mit den Worten „Ohne Ordnung keine Freiheit“ den Schluß der längsten Sitzung einer gesetzgebenden Körperschaft verkündet hatte, da hatte das erste Haus des gleichen Wahlrechts seine schwerste Krise überwunden und war den beiden, sich einander gegenseitig verstärkenden Gefahren, des bürokratischen Absolutismus und der gewissenlosen Demagogie, endlich entronnen.

Die Ueberwindung der Obstruktion war notwendig geworden für alle die, die ein Parlament überhaupt wollen, und die österreichische Sozialdemokratie hat nie gezögert, sich in den Dienst dessen auf die Straße zu stellen, was sie als historische Notwendigkeit erkannt hat. Sie hat das Notwendige mit der ganzen mutigen Tatkraft getan, die unsere Bruderpartei auszeichnet, ob sie nun die Massen auf die Straße ruft, die Vorbereitungen für den politischen Massenstreik trifft oder aber in harter, geduldiger und mühevoller Arbeit erst diesem zerrissenen Staate, der nicht sterben, aber — bisher wenigstens — auch nicht recht leben konnte, ein Stück Boden schafft, um damit zugleich sich selbst den Kampfplatz für die Austragung der großen Klassengegensätze zu bereiten.

Nur in dem Hause eines gleichen Wahlrechts konnte die Sozialdemokratie der Einschränkung der Obstruktionsmöglichkeit zustimmen, in dem Bewußtsein, daß ihre Stärke ihr die Gewähr gibt, im äußersten Fall jede Vergewaltigung abzuweisen innerhalb und, wenn es sein muß, außerhalb des Hauses und unbefürchtet um die juristischen Spinnfäden von Gesetzen, wenn diese Gesetze untereinander werden sollten mit Lebensinteressen der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie konnte dies um so eher tun, als sie wohl weiß, daß ein Parlamentarismus mit der Obstruktion in Permanenz ein unbrauchbares Ding ist, selbst innerhalb der Grenzen, welche dem parlamentarischen Wirken der proletarischen Vertreter innerhalb des Klassenstaates ohnehin gesetzt sind. Zudem schließt der neue Zustand die ernste und notwendige Obstruktion nicht aus, sondern beschränkt nur das frivole Treiben unverantwortlicher Gruppen.

Das ist auch der letzte Grund, der uns die überraschende Wendung erklärt, daß gerade die slavischen Parteien die Hand zur Beseitigung der Obstruktion geboten haben. Denn die größeren bürgerlichen Parteien der slavischen Nationen waren durch die chaubinistische Konkurrenz der Kleinbäuerlichen und Kleinbürgerlichen nationalen Gruppen in steter Gefahr, bei den Wählern ins Hintertreffen zu geraten. Die Obstruktion war aber für die radikale Demagogie das beliebteste Kampfmittel, das stets billigen Ruhm versprach. Die Einschränkung dieser Möglichkeit mußte daher den Jungtschechen, Südslaven und Polen durchaus willkommen sein, während sie andererseits vor der Aussicht, als Verderber des Parlaments gebrandmarkt zu werden, doch zurückredeten. Diese Wirkung erzeugt zu haben, ist aber der Erfolg des sozialdemokratischen Vorschlages, vor der Obstruktion nicht von vornherein zu kapitulieren, sondern durch die Dauerfestigkeit die politische Verantwortlichkeit klarzustellen und das Verantwortlichkeitsgefühl zu erwecken. Nur so konnte die Obstruktion in den Selbstmord getrieben werden, den sie schließlich vollzogen hat.

Mit überwältigender Majorität hat das Haus sich seine Arbeitsfähigkeit gesichert. 315 Abgeordnete stimmten für, 91 gegen die neue Geschäftsordnung. Die Minorität bildeten die tschechischen Radikalen, die Ruthenen, diese Stiefkinder der österreichischen Politik, und die deutschnationalen und deutschfortschrittlichen Gruppen. Diese letzteren vertreten die großkapitalistischen und großagrarischen Interessen und ihnen ist das Parlament nicht oberstes politisches Bedürfnis, weil sie die Verwaltung und die höhere Bürokratie beherrschen. Das ganze übrige Haus schlug geschlossen den einzigen Rettungsweg ein.

Daß aber dieser Weg bis ans Ende gegangen wurde, das ist vor allem das Verdienst der Sozialdemokratie. Ihr Mut und ihre Entschlossenheit rief die anderen Parteien mit ihrer großen taktischen Geschicklichkeit gelang es, alle Fährlichkeiten zu überwinden. Es ist nur die Wahrheit, wenn einer der Antragsteller der neuen Geschäftsordnung, der Slowene Krek, Genossen Dr. Adler als den „Retter der Situation“ bezeichnete. In der Tat, das gleiche Wahlrecht, das sich die österreichischen Proletarier auf der Straße erobert haben, haben heute ihre Vertreter zum zweitenmal im Parlament erobert, indem sie das Parlament gesichert haben gegen die Gefahr des Absolutismus, den gewissenlose Demagogie heraufzuführen im Begriffe war.

Die Rede Viktor Adlers.

Jeder von Ihnen hat wohl die Empfindung, daß wir in erster Linie für das politische Leben Österreichs und für die politische Entwicklung seiner Völker bedeutungsvollen Verhandlung geführt haben. Das haben auch die Gegner dieser Geschäftsordnungsreform anerkannt. Unsere Partei hat stets erklärt, daß wir für eine an-

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 10 Pfg., für vollständige und gewerkschaftliche Inserate und Besondereanzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

gemessene Reform der Geschäftsordnung sind, die das Haus kräftigt gegen jede Obstruktion, die es alle schwächen; wir sind insbesondere dagegen, daß sich das Haus eine Reform oktroyieren lasse. Die Fehler dieses Hauses, das Anklage unseres politischen Lebens und die Anarchie unserer Zustände sind nicht allein auf dem mechanischen Wege der Aenderung der Geschäftsordnung zu kurieren. Wir haben mit dieser Aenderung der Geschäftsordnung die notwendige Grundlage für unser politisches Leben noch keineswegs geschaffen, aber ebenso wie die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes eine Grundbedingung der Entwicklung unserer Politik und der Völker Oesterreichs war, so wird auch diese provisorische Aenderung der Geschäftsordnung eine bahnbrechende, notwendige Vorbedingung für die Gesundung unseres politischen Lebens sein. Wir sind die letzten, die etwa bereit wären, eine Minorität in diesem Hause zu knebeln. Wir wissen sehr genau, daß in dem Moment, wo es möglich sein wird, hier Majoritäten zu bilden, unsere Minoritätseigenschaft sehr deutlich in Erscheinung treten wird. Wir wissen, daß ein gewisser Teil der Stellung unserer Partei in diesem Hause, abgesehen von unserer Zahl und der Disziplin, die ich in aller Bescheidenheit für uns in Anspruch nehmen darf, nicht unserer Kraft, sondern der Schwäche des Hauses zuzuschreiben ist. Darum war es eine schwere und verantwortungsvolle Heberlegung für uns, ob wir in diese Reform der Geschäftsordnung eintreten sollen. Wenn irgendjemand und irgendeine Partei etwas preisgibt, sind es wir. Andere Parteien, kleiner Gruppen mögen die Möglichkeit des Spektakels verlieren, die Möglichkeit, sich unangenehm zu machen, wir verlieren mit vollem Bewußtsein weit mehr, weil wir den Weg bahnen, daß der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien auch formell in einer ganz anderen Weise zum Ausdruck komme als bisher.

Wir sind die letzten, die vor diesen Tatsachen die Augen verschließen. Wir wollen unsere eigenen Wähler darüber nicht irreführen. Wir handeln im vollen Bewußtsein unserer schweren Verantwortung. Wir tun es, weil wir uns gesagt haben, daß wir der Arbeiterklasse Oesterreichs damit allein das sichern können, was man in diesem Hause erreichen kann. Wir sind hier eine starke Minorität, aber eine Minorität. Wir können in normalen Verhältnissen nur erreichen, was durch Kompromisse, Abmachungen, Ausnützung parlamentarischer Situationen, Ausnützung von Interessengegensätzen an sozialen Reformen kleineren Umfangs Stück für Stück für die Arbeiterklasse zu erobern ist. Aber in diesem Hause wird auch das Mögliche unmöglich. Zum drittenmal haben drei kleine sozialpolitische Gesetze auf der Tagesordnung, die von niemandem ernst angefochten werden. Nichts sieht der Vollendung dieser für die Arbeiterklasse äußerst wichtigen Gesetze, des Handlungsgehilfengesetzes, des Gesetzes über die Unfallversicherung im Baugewerbe und des Gesetzes über die Arbeitszeit im Wege als der Zustand des Hauses, der es unmöglich macht, daß selbst der einstimmige Wille des Hauses zur Geltung komme. Da haben wir uns gesagt: wir wollen das Opfer bringen und uns unter viel schwierigeren Verhältnissen des Kampfes begeben, bloß um überhaupt einen politischen Kampf führen zu können, denn die Anarchie, die in diesem Hause herrscht, der Zustand der chronischen öffentlichen Gewalttätigkeit lähmen die Möglichkeit des politischen Kampfes, wie wir ihn kämpfen wollen. Die Sozialdemokratie will mit geistigen Waffen kämpfen und ist fähig, mit geistigen Waffen zu kämpfen. Darum haben wir den Moment begrüßt, wo eine Geschäftsordnungsreform möglich wird.

Es wurde sehr viel darüber gesprochen, wie unwahrscheinlich die Geburt dieser Reform sei. Wenn wir in Oesterreich nur mit dem Wahrscheinlichen und Natürlichen rechnen wollten, würden wir zu nichts kommen. Es ist einmal so in Oesterreich, und man muß seine politischen Aspekte eben auf das Oesterreichische einrichten. (Heiterkeit.) Aber eines müssen wir doch zugeben. Der Eifer für die Geschäftsordnungsreform fängt erst an, ernst zu sein, wenn sie möglich wird. Und darüber waren wir uns klar: wenn dieser Moment der Möglichkeit verpaßt wird, ist für absehbare Zeit jede Hoffnung ausgeschlossen. (Zustimmung.) Wenn wir uns erinnern, wie aus denselben Kreisen, von denen noch der Oktroyierung einer Geschäftsordnung geschrien wurde, wie mit der größten Verzweiflung von diesem Hause gesprochen worden ist, wir jetzt so eindringlich gewarnt werden, muß ich sagen, der Weg aus diesem jammervollen Zustand heraus muß betreten werden, mag er auch kein gewöhnlicher sein.

Nun wird und gesagt — um auch die juristische Seite der Frage zu berühren —, die Reform hätte einfach auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Aber wir mußten uns sagen: Entweder auf dem Wege der Dringlichkeit oder gar nicht.

Nachdem es nun, Gott sei Dank, in jeder Sache zwei Sorten von Juristen gibt (lebhaftes Heiterkeit), solche, die meinen, daß das dem Gesetz entspricht, und solche, die gegenteiliger Ansicht sind, so fühle ich mein Gewissen vollständig entlastet durch die große Anzahl jener Geschäftsordnungsjuristen, welche den Antrag als zulässig erklären.

Die formellen Bedenken waren aber nicht die einzigen. Der Antrag berührt aus zwei Teilen. Der erste betrifft die Einschränkung der rein formalen Obstruktion. Man wird Dringlichkeitsanträge nicht mehr schodweise eindringen können, um die Tagesordnung zu verlegen, man wird das interessante Gesellschaftsspiel der namentlichen Abstimmungen (Heiterkeit) nicht tagelang zweiben, Interpellationen nicht stundenlang verlesen können, aber uns wehren, das werden wir können und das werden auch die kleinsten Parteien dann noch können. Es werden eben andere Mittel des parlamentarischen Kampfes in Verwendung gezogen werden müssen, Mittel, auch der parlamentarischen Obstruktion, wie sie auch in anderen Parlamenten angewendet werden können. Nur wird man etwas mehr mit dem Gehirn arbeiten müssen, statt wie jetzt mit der Zunge und mit dem Körper, der zum Eilen verwendet wird. (Heiterkeit.)

Der Antrag enthält aber auch noch einen anderen Teil, den sogenannten Hausrechtsparagrafen: daß eine Ausschließung erfolgen kann, wenn das Präsidium schwer beleidigt oder Anordnungen des Präsidenten absoluter Widerstand entgegengesetzt wird, überhaupt Gewalttätigkeiten eintrifft. Es war für uns gar keine leichte Sache, diesen „Hausrechtsparagrafen“ mit hinzunehmen. Aber wenn wir nach vor einem Jahre einer solchen Maßregel den äußersten Widerstand entgegenzusetzen hätten, so erkläre ich Ihnen offen, daß wir heute milder darüber denken. Wir haben gesehen, daß wir durch den Respekt vor der geistigsten Person einiger Nationen gehindert waren, Ordnung zu schaffen, nicht diese Herren aus dem Hause entfernt werden, aber das ganze Parlament aus dem Hause entfernt wurde. (Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben gesehen, daß ein bewußtes oder unbewußtes Zusammenwirken von Reuten, die das Parlament verderben, und einer Regierung, die es zugrunde gehen lassen will, daß ein solches niederträchtiges Zusammenwirken dieses Haus um ein ganzes Jahr seiner Tätigkeit und alle Völker ohne Ausnahme um die ganze Frucht der parlamentarischen Arbeit ihrer Vertretung gebracht hat. Noch mehr! Wir haben es mit der Psychologie vor allem der Arbeiterklasse zu tun, und ich gestehe es offen: Oft waren wir unseren Arbeitern gegenüber in Verlegenheit, wenn sie uns fragten: Warum laßt ihr euch denn eine solche Infamie gefallen, warum geht ihr nicht hin und werft die Leute hinaus? Wenn es ein gebundenes Mandat gäbe, wären wir von unserer Wählerchaft mit dem Auftrag versehen worden, diesen entsetzlichen Skandal ein gewalttätiges Ende zu machen. (Lebhaftes Zustimmung.) Wir aber haben gesagt: Parteigenossen, wir können nicht die Hausrechte des Parlaments sein! Unter diesen Umständen ist es eine Art Erlösung, wenn eine Teilung der Geschäftsordnung und das Präsidium jene notwendigen Operationen vornehmen. (Heiterkeit.) Wir hoffen, daß dieser Paragraf nie zur Anwendung kommen werde. Seine bloße Existenz wird genügen, um das Gewissen der Herren in Bewegung zu setzen!

Das Wichtigste für uns aber ist, daß die Geltung dieser Maßregel und dieser ganz partiellen Reform eine befristete ist.

Wir würden niemals unsere Zustimmung geben, daß man definitiv ein Gesetz in dieser Hast mache. Aber in der Notlage des Hauses, in der Notlage unseres ganzen politischen Lebens, wo draußen die Massen ruhen, man möge doch endlich das schaffen, was unsere Industrie braucht, die Handelsverträge, man möge doch endlich die parlamentarische Arbeit in Bewegung setzen, von der die Massen mit Recht eine Förderung ihrer Interessen erhoffen, wo das alles vergebens und die Not so groß ist, sagen wir: Diefem Ausnahmezustand gegenüber ist ein Notgesetz für beschränkte Zeit möglich und notwendig, und wir wollen selbst mitwirken, daß es angenommen werde.

Das waren die Motive, die uns veranlaßten, nicht nur die Sache zu akzeptieren, sondern, nachdem wir sie angenommen hatten, uns mit ihrem Träger zu machen. Für uns gibt es keine Halbschritte. Wenn wir gefunden hätten, es sei nicht zu machen, hätten wir es verhindert und es wäre nicht dazu gekommen. Nachdem wir unsere Verantwortung geprüft haben und unser Gewissen uns gesagt hat, es muß sein, haben wir uns auch in die erste Reihe gestellt, um die Sache zu vollenden.

Von der linken Seite wurde gesagt, die Geschäftsordnungsreform sei nur möglich nach Feststellung der nationalen Sicherungen. Auf das Glatteis lassen wir uns nicht führen. Das sind nur die journalistischen Paradoxe des nationalen Kampfes, die journalistischen Phänen des nationalen Kampfplatzes, die sich wirklich von den Opfern dieses Kampfes nähren (lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten), nur die sind es, die solche Verlegenheiten hineinwerfen; allein auf deutscher und auf tschechischer Seite wird man sich damit nicht fangen lassen. Wenn der nationale Friede und die Sicherung möglich ist, sind sie nur möglich im parlamentarischen Kampfe und im parlamentarisch geschlossenen Frieden. Wenn aber jede parlamentarische Arbeit unmöglich wird, ist es auch nicht möglich, daß es überhaupt zu einem Friedensschluß komme. Nur jene, die auf der Regierungsbank — ich will sie heute nicht anklagen, weil sie momentan einige Zeichen der Besserung gezeigt haben (Heiterkeit) —, nur diejenigen, die ein Interesse an der Schwäche des Parlaments haben, innerhalb und außerhalb des Hauses, können wünschen, daß die Bedingungen auch des nationalen Kampfes so ins Wahnsinnige verkehrt werden wie in diesem Hause. Wenn man meint, es handle sich um eine nationale Vergewaltigung der Deutschen, so sagen wir Ihnen: Wir deutschen Sozialdemokraten würden niemals eine Maßregel zugeben, die wirklich eine nationale Vergewaltigung enthalten würde, so wenig wie wir unseren tschechischen Parteigenossen zumuten, einer Maßregel ihre Zustimmung zu geben, die ihr Volk vergewaltigt!

Wenn wir für diese Reform eintreten, ist es nicht, um Vergewaltigung zu fördern, sondern um Vergewaltigung zu hindern; den Frieden, parlamentarisches Leben, europäisches Leben zu ermöglichen. Erinnern Sie sich an den Zustand der Verzweiflung, in dem die Gesamtheit und jeder von uns einzeln, nicht seit Beginn dieser Obstruktion, sondern seit Jahren sich befindet, wo wir wissen, daß der Aufwand unserer besten Kraft, aller Energie, der ganzen geistigen Arbeit, der größten Disziplin, des größten Entgegenkommens umsonst ist und tot gemacht werden kann durch ein paar Herren, welche zwanzig Unterschriften zu ergattern wissen oder das Geld haben, um sich Trompeten zu lassen! Wir betrachten diese Maßregel als eine Maßregel für die Demokratie gegen die Demagogie. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen, daß diese neue Geschäftsordnung in allererster Linie von Ihnen benutzt werden wird, sich rechts und links gegen uns zusammenzufinden. Aber wir waren der alten Anarchie in diesem Hause gewachsen und werden der neuen Ordnung in diesem Hause gewachsen sein. Mut haben wir, Fleiß haben wir, und wir werden hoffentlich imstande sein, uns auf dem Niveau der politischen Intelligenz der anderen Parteien zu halten. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Mit schwerer Verantwortung treten wir in diese Reform ein. Niemand würde uns unsere Zustimmung geben, wenn es nicht ein provisorisches, ein befristetes Gesetz wäre. Wir werden alles daransetzen, daß das Gesetz innerhalb der Frist aus dem Provisorium heraus in ein wohlüberlegtes Definitivum übergeführt werde. Aber jetzt, meine Herren, haben Sie mit uns den Mut, ja zu sagen und ein neues Leben für dieses Haus zu begründen. (Lebhafter, anhaltender, wiederholt sich erneuernder Beifall und Händeklatschen.)

Die Geschäftsordnung im Herrenhaus.

Wien, 20. Dezember. Im Herrenhause beantragte Graf Tschun die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Geschäftsordnungsreform im dringlichen Wege einer neungliedrigen Kommission mit dem Auftrage zu überweisen, binnen zwei Stunden Bericht zu erstatten. Der Antrag wurde angenommen, die Kommission gewählt und die Sitzung auf zwei Stunden unterbrochen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Dezember 1909.

Das nichtkonfessionelle Zentrum.

Wir teilten in der Sonntagsnummer eine die angebliche Interkonfessionalität des Zentrums trefflich charakterisierende Anzeige der „Trierischen Landesztg.“ mit, durch die das Derscholzer Pfarramt amtlich zum Besuch einer Zentrumsversammlung aufzuforderte. Ein nettes Vordruck zu diesem Inserat liefert folgendes von dem Vorsitzenden der Duisburger katholischen Kirchengemeinde offiziell versandtes, die Duisburger Stadtverordnetenwahl betreffendes Ermahnungsschreiben:

Sehr geehrter Herr!
Zu meinem größten Bedauern habe ich aus den Aufzeichnungen unseres Listenführers, die freilich nicht unfehlbar sind, ersehen, daß Sie am 23./24. November sozialdemokratisch gewählt haben.

Nach sorgfältiger Durchsicht der heiligen Schriften (Ein entsprechendes Zentrumsflygblatt. D. S.) wird es Ihnen hoffentlich unendlich erscheinen, als Katholik dem liberalen Kandidaten Ihre Stimme zu geben. Deshalb bitte ich Sie dringend, Zentrum zu wählen; sollten Sie das aus irgendwelchen Gründen für unzulässig halten, so bitte ich Sie ebenso dringend, sich wenigstens der Wahl zu enthalten.

In vorzüglicher Hochachtung und mit freundl. Grüßen
Duisburg, den 18. Dezember 09. F. A.:
Der Pfarrvorsitzende.
Reinermann.

Die Suberis, in denen dies Schriftstück verhandelt wurde, waren gestempelt: „Zentrumspartei Duisburg, Petri-Pfarr“. Das Pfarramt konstituiert sich also direkt als Wahl-agitationsbureau der Zentrumspartei! Dennoch ist nach der Logik der Zentrumsgroßen das Zentrum eine rein politische Partei, keine konfessionelle. Höchst sonderbar!

Die verschlafene Tante „Voss“.

Die „Voss. Ztg.“ macht in ihrer Ausgabe vom Montagabend die sensationelle Entdeckung, daß jetzt auch der „Vorwärts“ vor dem Revisionismus die Waffen gestreckt hat. Sie schreibt:

„Den Bruch mit der sozialdemokratischen Verleumdungstheorie, die von den Revisionisten unter Führung von Eduard Bernstein längst preisgegeben worden ist, vollzieht endlich am jüngsten Sonntag auch der „Vorwärts“.“

Diese Behauptung zum Revisionismus soll darin hervorgetreten sein, daß der „Vorwärts“ in seinem Leitartikel vom

Sonntag von der materiellen Gebung eines Teils des Proletariats als von einer sozialdemokratischen auch gar nicht bestrittenen Tatsache gesprochen hat. Das sei ein „Bruch“ mit der Verleumdungstheorie!“

Die „Voss. Ztg.“ behauptet zwar, von „Staats- und gelehrten Sachen“ zu handeln, allein ihre Vorstellungen von der „sozialdemokratischen Verleumdungstheorie“ zeugen nur von einer argen Unwissenheit.

Denn der „Bruch“ mit der „Verleumdungstheorie“ ist nicht erst im Dezember 1909 vom „Vorwärts“ vollzogen worden, sondern die Verleumdungstheorie in dem Sinne der „Voss. Zeitung“ ist von der sozialistischen Theorie überhaupt niemals berufen worden. Das hat beispielsweise der „Dogmenfanatiker“ Kautsky bereits 1899 nachgewiesen. Kautsky sagte damals, also bereits vor zehn Jahren, in seiner Schrift „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“ auf Seite 116:

„Gerade in den vorgeschrittensten kapitalistischen Ländern ist eine allgemeine Zunahme physischen Elends nicht mehr zu konstatieren; alle Tatsachen weisen vielmehr darauf hin, daß dort das physische Elend im Rückschreiten begriffen ist, wenn auch äußerst langsam und nicht allenthalben. Die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse ist heute eine höhere, als sie vor fünfzig Jahren war.“

Man sieht, der „Rehrich“ Kautsky hatte sich — nach der Beweisführung der „Voss. Ztg.“ — schon vor 10 Jahren zum Revisionismus bekehrt!

Kautsky ähnelte damals auch darin dem „Vorwärts“, daß er diese „Preisgabe der Verleumdungstheorie“ zu „verschleiern“ suchte, um uns wieder der Ausdrucksweise der gelehrten „Voss. Ztg.“ zu bedienen. Denn genau wie der „Vorwärts“ erklärte Kautsky es für irrtümlich, das Wachstum der Lebenshaltung am Steigen der Geldlöhne zu messen. Genau so wie der „Vorwärts“ wies er darauf hin, daß die Produktivität der Arbeit rascher wachse als der Lohn der Arbeit. Genau wie der „Vorwärts“ zeigte er, daß es nicht genügt, die Lebenslage des Proletariats absolut ein wenig zu heben, sondern daß es auf die volle Emanzipation der Arbeiterklasse ankomme.

Die gute Tante Voss würde also ihre Entdeckung der Mauerung des „Vorwärts“ der Welt wohl unterschlagen haben, wenn sie nicht die Auseinandersetzungen über die „Verleumdungstheorie“ so vollständig verschlafen hätte!

Wahlrechtstraub.

Den Sozialdemokraten in Delsnitz i. S. gelang es, bei der letzten Stadtverordnetenwahl vier neue Mandate zu erobern, so daß sie jetzt 7 von 18 Sitzen einnehmen. Bürgermeister Landtagsabgeordneter Dr. Schanz brachte darauf am Freitag in der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage ein, das bestehende gleiche Stimmwahlrecht in ein Vierklassenwahlrecht (Verursachwahlrecht) zu verhandeln. Den sozialdemokratischen Vertretern wurde erst zwei Tage vor Sitzung der geplante Wahlrechtstraub mitgeteilt. Die Wahlrechtsveränderung wurde ohne Debatte mit allen gegen die Stimmen unserer Vertreter angenommen. Unsere Vertreter gaben die Erklärung ab, daß sie sich an der Diskussion nicht beteiligen, weil die Art der Einbringung der Vorlage ungesetzlich sei. Ohne daß diese dem Verfassungsausschuß vorgelegen hat, ist sie dem Kollegium zur Beschlußfassung unterbreitet worden.

Im Wahlrechtstraub werden sie den gefassten Beschluß ansetzen. Tags vorher hatte eine überfüllte Einwohnerversammlung gegen den geplanten Wahlrechtstraub protestiert.

„Ferrer-Gesinde“.

Wie das Zentrum seine Wählermassen zu sanftisieren weiß, wenn es Mandatgefährdung wittert, dafür folgendes Beispiel aus dem jüngsten Stadtverordnetenwahlkampf in Duisburg. War schon in der Zentrumspresse und Flugblättern die Religion in allen Variationen ausgenutzt und unsere Partei als eine Partei der „Erlösen“, „Christensöhner“, Ferrer-Gesinde u. dergl. bezeichnet worden, so fand diese Kampfweise einen ebenbürtigen Abköhler bei Bekanntgabe der Wahlergebnisse in dem Zentrumswahllokal „Union“, wo man auf einer großen Wandtafel die einzelnen Bezirksresultate folgendermaßen registrierte:

Zentrum
Liberaler
Ferrer-Gesinde

Unter „Ferrer-Gesinde“ wurden die Stimmen unserer Kandidaten und die der Demokraten gebucht. Wochenslang operierte man in dieser Tonart, so, man gaukelte den aufgepeitschten Wählermassen vor, daß, wenn die Zentrumsliste nicht gewählt werde, es in Duisburg kommen könne, wie in Barcelona zur Zeit des Aufstandes! Bei solcher Kampfweise ist es zu verstehen, wenn die aufgepeitschten Wählermassen zu Täuschlichkeiten übergingen, wie vor einiger Zeit gelegentlich einer großen Zentrumsversammlung in Duisburg, als Herr Trimborn aus Köln die Duisburger Zentrumsanhänger zur intensiven Wahlaktivität aufgefordert hatte. Das „Ferrer-Gesinde“ hat sich dadurch revanchiert, daß es in der Stichwahl zwischen Zentrum und Liberalen den letzteren zum Siege verhalf. Während das Zentrum vor zwei Jahren im ersten Wahlgang mit rund 6700 Stimmen über die Liberalen mit 2700 Stimmen glatt siegte, ist es diesmal mit 6165 gegen 6213 Liberaler Stimmen unterlegen. Unsere Genossen, die vor zwei Jahren nur erst 700 Stimmen aufbrachten, erhielten bei der jetzigen Wahl annähernd 1300 Stimmen. Angesichts der heillosen niedrigen Kampfesweise des Zentrums gaben sie den Ausschlag zugunsten der Liberalen. Nun läßt natürlich die Zentrumspresse im Duisburger Wahlkreis erst recht.

Freisinn und Schnapsmonopol.

Der Abgeordnete Eichhoff, der es sich offenbar zur Aufgabe gestellt hat, den Freisinn nach Kräften zu blamieren, erzählt in Nr. 200 des „Tag“:

„Ich leugne zwar nicht und habe es niemals getan, daß auch von der bürgerlichen Linken erhebliche Fehler begangen worden sind. So war es nach meiner Auffassung sehr wohl möglich, sich über die Brauntweinsteuererhebung mit den Konservativen rechtzeitig zu einigen, selbst auf die Gefahr hin, daß das Brauntweinmonopol eingeführt würde, denn eine große Anzahl freisinniger Abgeordneter nach meiner Kenntnis der Dinge ihre Zustimmung nicht verweigert hätte.“

In der Steuerkommission haben die Vertreter der Freisinnigen das Monopol scharf bekämpft, und bei den letzten Reichswahlen zum Reichstage haben die freisinnigen Redner mit Stolz verkündet, daß der Freisinn gegen die Brauntweinsteuer gestimmt hätte. Nun kommt ein Mitglied der freisinnigen Reichstagsfraktion und erklärt, daß eine große Anzahl freisinniger Bereit gewesen wäre, für das Brauntweinmonopol zu stimmen.

Die Landtagswahlen in Sachsen-Weimar.

Leiber beschäftigt sich die Meldung vom Stichwahlsiege des Genossen Bauermann in Verga a. d. Elster nicht. Mit wenigen Stimmen hat der agrarische Reaktionsär Lehmann das Mandat erlangt. Es ist

also bei den Stichwahlen kein Sozialdemokrat gewählt worden. Jedes handelt es sich in drei Wahlkreisen zusammen noch nicht einmal um 100 Stimmen und es würden drei Sozialdemokraten mehr in den Landtag gewählt worden sein.

Das Gesamtergebnis ändert sich nun so, daß nur vier Sozialdemokraten gewählt sind. Die rechtsstehenden Parteien haben durch den nationalliberal-konservativ-antifeministischen Abgeordneten Lehmann-Jena einen ihnen wünschenden Zuwachs erhalten.

Die halbächtigen Neuwahlen zur Hamburger Bürgererschaft

finden am 1. Februar (allgemeine Wahlen), 13. Februar (Grundbesitzerwahlen) und 28. Februar (Notablenwahlen) statt. Wie schon der einzige Bericht, haben die drei Parteienvereine die Kandidaten bereits nominiert und in einer großen Reihe Versammlungen den Wahlkampf eröffnet. Auf einen wesentlichen Gewinn von sozialdemokratischen Mandaten ist kaum zu hoffen, da auch die zweite Klasse, die „Armeneklasse“, nicht ganz erobert zu werden vermag, weil der Proporz jede Partei zu ihrem „Rechte“ kommen läßt.

Der Sozialistenscheck in Hessen.

Dubbach, 20. Dezember. Der hiesige Kreisaußschuß hat die Wahl des Landtagsabgeordneten Douy zum Bürgermeister der Stadt Dubbach nicht bestätigt. Douy war mit Hilfe der sozialistischen Stimmen gewählt worden.

Die Schiffsabgaben vor der heftigen Kammer.

Wainz, 20. Dezember. Drei dem Zentrum angehörende Landtagsabgeordnete haben in der Zweiten Kammer folgende dringliche Anfrage an die Regierung gerichtet: Wie stellt sich die großherzogliche Regierung zu der Frage der Einführung von Schiffsabgaben? Ist sie bereit, durch ihren Vertreter im Bundesrat die Stimme Hessens gegen die Einführung von Schiffsabgaben abgeben zu lassen?

Kandidaturen

im Reichstagswahlkreis Wülheim-Wipperfürth.

Der Führer der Köhler Jungliberalen, Rechtsanwalt Falk in Köln ist am Sonntag definitiv als Kandidat der Liberalen für die bevorstehende Erstwahl zum Reichstage aufgestellt worden. — Die Christlichsozialen stellen gemeinsam mit dem Wunde der Landwirte den Pastor Hömann auf. Das ist für die Sozialdemokratie günstig, da die beiden Parteien früher für die Nationalliberalen eintraten.

Wer ist gemeint?

Unter der Stichmarke: „Aus der Firma Christlich-Sozial“ bringt das nationalliberale „Siegener Volksblatt“ nachstehende viel-sagende Notiz:

Es war einmal im schönen Orte Friedensdorf. Da passierte eine ganz wunderliche, aber höchst liebliche Geschichte, die selbst einem Reichstagsabgeordneten Kopfweh bereiten könnte. Wir aber werden sie uns merken für passende Gelegenheiten. Denn wenn wir heute indiskret wären, so würde wahrscheinlich der Erfolg höchstens der sein, daß Herr Schand einen Kollegen in der „Neuzeit“ belächelt. Wir aber wissen jetzt, weshalb Herrn Schand an gewisser Stelle so energische Verteidigung erwuchs. Ja, doch die Erlöse!

Weshalb hier nur die sittliche Entrüstung des „Volk“ sprachlos ist?

Die Christlich-Sozialen Blätter und die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung, zu welcher die Christlich-Sozialen Abgeordneten gehören und Dr. Wurdach gehört, können zu diesem Antritt unmöglich schweigen, denn indirekt behauptet das nationalliberale Blatt, daß keine Enthaltungen eines Abgeordneten der genannten Fraktion schwer kompromittieren und als Parlamentarier lächerlich machen würden. Der Einwand, daß den eventuell zum Sprechen verpflichteten Personen von den hier angebotenen Vergütungen nichts bekannt sei, kann nicht gemacht werden, denn man braucht ja nur das nationalliberale Blatt aufzufordern, deutlicher zu werden.

Günstliche Postfreiheit.

Die deutschen Landesfürsten und außer ihnen auch die Familie Thurn und Taxis haben das Privileg der Postfreiheit. Von diesem Privileg machen sie den ausgiebigsten Gebrauch; ist doch jüngst festgestellt worden, daß eine kirchliche Posterei ihre Produkte, mit denen sie Handel treibt, portofrei versendet. Einen besonders markanten Fall teilt jetzt das „Berliner Tageblatt“ mit. Nach der Darstellung des genannten Blattes hat eine herzogliche Hofverwaltung — welche wird leider nicht gesagt — bei einem Handelsbause für die herzogliche Hofverwaltung Waren im Gewicht von 300 Kilogramm gekauft und dabei vorgezeichnet, daß die Sachen in Postpaketen mit dem Aufdruck „Herzogliche Angelegenheit“ zu senden sind. Mit diesem Aufdruck versehen hatte die Post die Sachen gratis zu befördern. Das Postporto, das ein gewöhnlicher Sterbliche hätte bezahlen müssen, würde sich auf 50,00 M. belaufen haben. Natürlich würde dieser gewöhnliche Sterbliche solche Quantitäten nicht der Post, sondern der Bahn zur Beförderung übergeben haben. Dort hätte er an Fracht 5,40 M. bezahlen müssen.

Die Befreiung dieses durch nichts begründeten Privilegs ist im Reichstage von sozialdemokratischer Seite mehrfach verlangt, vom Staatssekretär Kautz jedoch immer verteidigt worden. Die deutschen Fürsten müssen vom Volke für ihre Arbeit so horrend bezahlt werden, daß sicherlich kein Anlaß besteht, ihnen auch noch besondere Zuwendungen zu machen.

Die unerfährlichen Agrarier.

Die Unerfährlichkeit der Agrarier ist im Altenburger Landtage wieder einmal in krasser Weise zu Tage getreten bei Beratung einer Petition der Landwirtschaftskammer des Herzogtums, die unfländbare Tilgungsbarabahn von der Altenburger Landesbank forderte. Wegweil wird damit eine Entschuldung der mittleren und größeren Bauern. Die ganz kleinen Bauern sollen nicht berücksichtigt werden. Nur Bauern, die zum allermindesten zwei Hektar Land besitzen, sollen auf Staatskosten entschuldet werden. Die agrarischen Vertreter im Landtage, die dank einer verschämten Gesetzgebung die Majorität im Landtage haben, trotzdem sie am wenigsten Steuern bezahlen, — stimmten im Chor das Lied von der Kostlosigkeit der Landwirtschaft an, trotzdem die Altenburger Bauern anerkanntermaßen mit zu den wohlhabendsten Bauern im Deutschen Reich gehören. Ihr Gesammer wurde selbst dem mit ihnen an einem Strange ziehenden Staatsminister Vorries zu dumm, so daß er mit dünnen Worten erklärte, die Petition gehe zu weit, die Lage der Landwirtschaft sei nicht so schlecht, wie sie von der Landwirtschaftskammer geschildert werde. Der Kern der Petition ist die Forderung, von der Landesbank, für die jetzt 4 1/2 prozentigen Hypothekendarlehen 3 1/2 prozentige zu bekommen. Aber nur für die Agrarier. Die anderen Verhältnisse mögen sehen, wo sie bleiben. Brutal erklärten die agrarischen Vertreter, sie hätten keine Verpflichtung, für andere einzutreten. Vorläufig handelt es sich um 82 Millionen, für die der einprozentige Zinsnachlaß begehrt wird, was für die Landesbank einen Verlust von 180 000 M. jährlich ausmachen wird. Diese Summe entgeht der Staatskasse, wofür dann ein Steuertermin in Jahre von den Steuerzahlern mehr erhoben wird. Mit Recht erklärte der Abg. Genoffe Käppler, die Petition sei nicht wert, unterstützt zu werden. Aber der von ihm gestellte Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung wurde abgelehnt und auf Antrag des Junkers von Tümmel, des Führers des Bundes der Landwirte im Herzogtum, beschloß, solche Darlehen zur Entschuldung des Wohngrundbesitzes einzuführen.

Zwei Tage zuvor hatten dieselben Agrarier, die für sich das Geld aus der Staatskasse schneidweise in Anspruch nehmen, die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion auf Verringerung der Einkommen bis zu 900 M. von der Steuer und auf Uebernahme des Volksschulgeldes auf den Staat resp. Gewährung von Zuschüssen aus der Staatskasse in entsprechender Höhe an die Gemeinden, abgelehnt!

Ein „brauchbarer“ Gefreiter!

Wegen einer Reihe Mißhandlungen und Säufereien stand der Gefreite Hade vom 177. Infanterie-Regiment vor dem Dresdener Kriegsgericht. Der erst 19-jährige (!) Angeklagte war Stubenreißer und Rekrutengefreiter. In seiner Eigenschaft als solcher hat er sich den Rekruten gegenüber als Vorgesetzter aufgepisst und diese gequält, wo es nur ging. Einen Rekruten ließ er so lange stillstehen, bis es dieser nicht mehr aushalten konnte. Ein anderer mußte 8–10 mal Knien beugen hintereinander machen und dann längere Zeit in beugender Stellung verharren. Mehrfach wurden die Rekruten abgehüttelt und mit Schimpfworten belegt. Ein Rekrut wurde bis zur Erstickung in der Stube umhergejagt. Der Angeklagte, welcher als ein „brauchbarer“ Gefreiter gelobt wird, will das alles nur aus „Spaß“ und „Schertz“ getan haben!

Das Gericht nahm „minderschwere“ Fälle und mildere Umstände an und erkannte auf — 14 Tage mittleren Arrest!

Frankreich.

Für die Sonntagsruhe.

Paris, 10. Dezember. Heute nachmittag wurde vor einem an der Place de l'Hotel de Ville gelegenen Warenhause, das trotz der Sonntagsruhe geöffnet war, eine Kundgebung veranstaltet, um die Schließung des Geschäftes zu erzwingen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei ungefähr 80 Verhaftungen vorgenommen wurden. Am Abend veranstalteten Handlungsgesellen wegen Nichtanwendung des Gesetzes über die Sonntagsruhe an mehreren Stellen Kundgebungen, wobei in Materialwarengeschäften, die geöffnet waren, Verwüstungen angerichtet wurden. Als die Polizei einschritt, kam es zu Tätlichkeiten, wobei einige Polizeibeamte verletzt wurden. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Belgien.

Sozialdemokratische Schöffen.

Brüssel, 18. Dezember. (Fig. Ver.) Gestern wurde im Brüsseler Gemeinderat an Stelle des zum Bürgermeister gewählten Schöffen Mag der Sozialist Vandendorpe gewählt. Das Mandat, bisher Besitz der Liberalen, wurde den Sozialisten vom Bürgermeister mit der Motivierung angeboten, daß ihnen entsprechend der Stärke ihrer Fraktion dieser Sitz gebühre. Der Bürgermeister hob in seiner Antrittsrede hervor, daß ihn der Eintritt eines zweiten Sozialisten — das Amt des Finanzschöffen befehde sich im Besitz des Genossen Grimard — nicht „erschrecke“, — die Zeiten, da eine solche Auffassung existiert habe, seien vorbei. Er nahm dabei Gelegenheit, die unsichere und praktische Arbeit Grimards — der übrigens die Geschäfte der Hauptstadt oft in Abwesenheit des verstorbenen Bürgermeisters demot geführt hat — mit allem Nachdruck zu betonen.

In der der Trauerkundgebung für König Leopold gewidmeten heutigen Sitzung des Gemeinderats gab Camille Huygmans vom sozialdemokratischen Standpunkt eine Charakteristik des verstorbenen Herrschers, die sich natürlich nicht mit der lokalen deckte.

Italien.

Eine neue Erklärung Sonninos.

Rom, 20. Dezember. Kammer. In der Debatte über die ministerielle Erklärung führte Ministerpräsident Sonnino in Verantwortung verschiedener Reden über die Lösung der Krise aus, er habe geglaubt, sich an die bedeutendsten Mitglieder der verschiedenen Gruppen der großen konstitutionellen liberalen Partei wenden zu sollen, um ihre Mitwirkung bei dem Reformwerke zu erbitten. Er versicherte, daß er bei dem Studium der Reformen niemals die Leistungsfähigkeit und die solide Grundlage des Budgets aus den Augen verlieren werde. Parlament und Land könnten in einigen Wochen die Vorlegung konkreter Gesetzesentwürfe erwarten. Auf die Frage, ob das Ministerium eine Majorität besitze, erwiderte der Minister, er habe Vertrauen zu der Weisheit und dem Patriotismus der Kammer. Wenn die Regierungsentwürfe dem Lande Gewinn brächten, so würden sie auch zweifellos die Billigung des Parlaments finden. Für den Augenblick bitte die Regierung nur um kurzes, wohlwollendes Abwarten. (Lebhafte Beifall.) Hierauf wurde die Debatte geschlossen und das provisorische Budget mit 224 gegen 65 Stimmen angenommen.

Aus der Partei.

Der französische Parteitag.

Wegen der im Mai stattfindenden Kommunalwahlen tritt der Parteitag der geeinigten Sozialisten schon am 6. Februar zusammen. Als Kongreßort ist von der Mehrheit der Föderalisten Nîmes bestimmt worden. Die Tagesordnung weist zunächst die vom Kongreß in St. Etienne übermittelten Punkte: 1. Landpropaganda (Bericht der Spezialkommission); 2. Wahlkampagne (Rolle und materielle Organisation); 3. Reform des Parteistatus auf, woran sich die sieben vom Internationalen Bureau auf die Tagesordnung des Kopenhagener Kongresses gestellten Gegenstände anschließen. In dem wird die zur Verfügung stehende Zeit von vier Tagen eine gründliche Diskussion dieser Fragen nicht gestatten, da namentlich die durch den Kampf um den Proporz ganz verwirrte Wahlsituation zweifellos den Anlaß zu langen Debatten geben wird.

Mandatsverzicht Jules Guesdes?

Paris, 18. Dezember. (Fig. Ver.) Jules Guesde trägt sich mit dem Gedanken, in den kommenden Wahlen nicht mehr zu kandidieren. Der Grund ist sein trotz des einjährigen Urlaubes, den er vor zwei Jahren genommen hat, nicht gebessertes Befinden. An den parlamentarischen Arbeiten der Fraktion teilzunehmen war unserem Genossen verpfändet und für ihn ist — wie er einem Redakteur des „Tempt“ gesagt hat — ein Leben neben der Aktion eine Qual, die Dants in seiner Hölle vergessen hat. Guesdes Verate wollen es indes mit einer neuen Kur versuchen, von der sie sich Erfolg versprechen, und in diesem Falle wird Guesde wiederum kandidieren. Die Wahlkampagne selbst ist nicht anstrengend, da er nur in zwei Versammlungen, in Roubaix und der Vorstadt Bakrelos zu sprechen brauchte. Daß die Kraft des Guesdes der französischen Arbeiterpartei der Sache des Sozialismus erhalten bleibe, wünscht mit den französischen Sozialisten die ganze Internationale.

Zum preussischen Parteitag.

Als Delegierter für den Wahlkreis Werseburg-Duerfurt wurde Genosse Konrad Müller-Schneidig gewählt.

Polkretliches, Gerichtliches usw.

Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Zu 50 Mark Geldstrafe verurteilte das Schöffengericht in Frankenhäusen den Genossen Jörn vom „Saalfelder Volksblatt“, weil er in einer Polemik gegen die „Frankenhäuser Zeitung“ von „Tratsch“ und „Kaiserpresse“ gesprochen hatte. Das Gericht bligte dem Angeklagten die Wahrnehmung berechtigter Interessen zu, kam jedoch wegen formaler Verletzung zu obiger Strafe. Interessant ist, was der Verurteilte über den § 193 ausführte:

„Der Angeklagte hat in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Das Gesetz sieht auch die Wahrnehmung der Interessen dritter Personen vor. Der Angeklagte ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei und ohne Zweifel überzeugter Sozialdemokrat. Als solcher hat er das Recht, in seinem Blatte den sozialdemokratischen Ideen und Gedanken Verbreitung zu schaffen. Das sei nach Ansicht des Gerichts der Zweck des Artikels und das genüge, um dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zuzubilligen.“

Soziales.

Prämien für Kassenbetrüger.

Von der Gewohnheit, geradezu als Prämie für Kassenbetrug wirkende niedrige Geldstrafen den Arbeitgebern aufzuerlegen, die den Arbeitern die Kassenbeiträge vom Lohn abziehen, die Beiträge aber der Kasse nicht abführen, ist dieser Tage die zweite Strafkammer des Landgerichts II abgewichen. Die Angeklagten, Bauunternehmer, Architekten Gebrüder Karl und Wilhelm Brandt, schuldeten der Ortskrankenkasse Friedenau an von den Arbeitern eingezogenen Beiträgen und Eintrittsgeldern 195 M. Sie wendeten gegen die Anlage ein, sie hätten bei ihren Vaulen große Verluste erlitten. Daraus seien sie gegenwärtig außer Stand gesetzt, irgendwelche Zahlungen zu leisten. Auch hätten sie den Arbeitern die Abzüge nicht oder nur teilweise gemacht. Der Vorsitzende hielt den Angeklagten vor, das Krankenversicherungsgesetz sei zu dem Zweck gemacht, den Arbeiter im Falle der Erkrankung vor Not und Elend zu schützen. Der Gesetzgeber habe das Vertrauen auf die Ehrlichkeit der Arbeitgeber gesetzt, daß diese die den Arbeitern von ihrem fauer verdienten Lohn in Abzug abziehen, sondern auch viele kleine Handwerker und Arbeiter die Leidtragenden. Das sei durchaus verwerflich.

Der Staatsanwalt beantragte dennoch eine unter dem Betrage der unterschlagenen Gelder zurückbleibende Strafe, nämlich 100 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 200 M. Geldstrafe. Das ist eine im Verhältnis zu der gefälligen Strafandrohung noch immerhin geringe Strafe. Aber sie gewährt doch dem Kassenbetrüger Unterschlagenden wenigstens keine Prämie. § 82b des Krankenversicherungsgesetzes bedroht Arbeitgeber, welche von ihnen beschäftigten Personen Lohnbeiträge bei der Lohnzahlung in Abzug bringen, die Beiträge aber in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, oder die berechnete Gemeinde-Krankenversicherung oder Krankenkasse zu schädigen, den letzteren vorzuenthalten, mit Gefängnis, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 3000 M. sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Nur bei Annahme mildernder Umstände kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden. Würde sich die Praxis endlich einbürgern, daß regelmäßig auf Gefängnisstrafe und bei Annahme mildernder Umstände auf vierziffrige Geldstrafe erkannt wird, so würde diese Art von Unterschlagung von Arbeitergewissen wohl bald aufhören.

Landarbeiterfreuden.

Auf dem Dominium Galkwitz (Schlesien) arbeitete eine Witwe, die zwei kleine Kinder zu ernähren hatte. Ihr Tagelohn betrug 80 Pf. Da sie öfter darben mußte, weil der tägliche Lohn für drei Personen nur sehr kümmerlich ausreichte, nahm sie eines Tages, als gerade Kartoffeln für das Vieh gefodert wurden, aus dem Kartoffelbäcker eine Handvoll gekämpfter Kartoffeln, um damit ihren Hunger zu stillen. Für diese verzeihliche Tat belegte der Inspektor Hahn die Frau mit 30 Pf. Geldstrafe und kündigte der Frau für den Wiederholungsfall 1 M. Strafe an. Die Frau äußerte sich später zu einer Mitarbeiterin, daß sie bei solcher Behandlung am liebsten vom Gute weggehen möchte. Das erfuhr der Inspektor, der die Frau zu sich kommen ließ und sie mit Hautschlägen auf Kopf und Rücken traktierte. Als die Frau Sonnabends ihren Lohn in Empfang nehmen wollte, erhielt sie ihn nicht. Sie mußte also über den Sonntag mit ihren Kindern hungern. Erst Montag erhielt sie den fauer verdienten Lohn, wovon ihr nun noch eine Mark Strafe abgezogen wurden. Der Abzug ist durchaus rechtswidrig.

Alfo Geldstrafe, Prügel und Schläge, weil die arme Frau ihren Hunger mit einer Handvoll Viehfutter stillen wollte. — Ein Anrufen des Gerichts würde der Frau zu ihrem Rechte verhelfen. Leider gehört sie aber dem Landarbeiterverband nicht an, der ihre Rechte gern durchzuführen würde. Dringend not tut der Zusammenschluß der Landarbeiter in dem Verband (Michaelstr. 1). Genossen, die während der Feiertage nach Hause reisen, sollten es nicht unterlassen, auf dem Lande zum Anschluß an den Verband zu werden.

Ist ein Unfall auf dem Wege zur oder von der Arbeit versicherungspflichtig?

Im Unfallgesetz ist der von sozialdemokratischer Seite gestellte Antrag, die Versicherungspflicht auf alle Unfälle auf dem Wege vom Hause nach der Arbeit und von der Arbeit nach Hause auszudehnen, abgelehnt. Unfallversicherungspflichtig ist aber dennoch ein Unfall auf dem Wege nach oder von der Arbeitsstätte, wenn der Unfall mit dem Betriebe im Zusammenhang steht. Es ist vom Reichsversicherungsamt wiederholt anerkannt, daß das Tragen von Arbeitsgeräten als eine Betriebsstätigkeit aufzufassen und demgemäß Unfälle auf dem Weg zur oder von der Arbeitsstätte unter besonderen Umständen versicherungspflichtig sind. Ein jetzt veröffentlichtes Urteil des Reichsversicherungsamtes bestätigt diese zutreffende Praxis. Der Sachverhalt war folgender:

Die Witwe M. wohnt bei ihrer Tochter V. in W. Beide arbeiten miteinander das Feld des V. Am 3. August 1908 kam die Witwe M. auf dem Rückwege vom Felde zu Hause und erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels. Die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen, Sektion Erfurt-Land (Kreisaußschuß), lehnte die Gewährung einer Rente ab. Die Ablehnung begründete die Berufsgenossenschaft in folgender Weise: „Wege von und zu der Arbeitsstätte gelten nicht als zum Betriebe gehörig. Unfälle, welche auf ihnen sich ereignen, gelten nur dann als versichert, wenn sie mit der Arbeit im ursächlichen Zusammenhang stehen. Da dies vorliegend nicht der Fall ist, kann der Verletzte ein Schadenersatz nicht gewährt werden. Die von der Verletzten gemachte Einwendung, daß sie Arbeitsgeräte von der Arbeitsstätte habe zurückbringen müssen, ist nicht stichhaltig, da das Tragen des Reagens sie in ihrer Bewegungsfreiheit nicht hinderte und somit nicht Ursache des Unfalles war.“

Die gegen den vorstehenden Entscheid eingelegte Berufung wurde vom Schiedsgericht mit folgender kurzen Begründung zurückgewiesen:

„Auf die rechtzeitig eingelegte Berufung mußte, wie geschehen, erkannt werden, da Angliedfälle landwirtschaftlicher Arbeiter außerhalb der Betriebsstätte auf dem Heimwege einen Rentenanspruch in der Regel nicht begründen, ein Ausnahmefall hier aber nicht vorliegt.“

Der hiergegen eingelegte Rekur hatte Erfolg. Das Reichsversicherungsamt hob die Vorentscheidungen auf und erkannte den Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt an. Begründend führte das Reichsversicherungsamt folgendes an:

„Die Klägerin hatte am Unfalltage mit ihrer Tochter auf deren von ihnen gemeinschaftlich bewirtschafteten Grundstück Aue gemendet und trug den zur Wirtschaft gehörigen Reagen nach Hause, als sie durch Einfallen verunglückte. Dieser bei dem Transport eines Betriebsgerätes geschehene Unfall war also ein Betriebsunfall, für den die Beklagte einzutreten hat. Deshalb war dem Rekurse stattzugeben und der Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt zu erklären. Die ziffenmäßige Feststellung der Rente ist der Beklagten überlassen worden, da die Unterlagen hierfür nicht genügen.“

Insondere bei landwirtschaftlichen Betrieben ist es also hin und wieder möglich, Entschädigungsansprüche für Unfälle auf dem Gang zur Betriebsstätte oder auf dem Heimwege durchzusetzen.

Gewerkschaftliches.

Tendenzkritisches.

(Eine Erwiderung auf den Aufsatz „Tendenzwissenschaftliches“ in Nr. 293 des „Vorwärts“ vom 16. Dezember 1909.)

Unter dieser Ueberschrift erhalten wir von Herrn Dr. G. L. Heiß folgende Zuschrift, der wir Raum geben, weil wir dem Angegriffenen nicht die Gelegenheit der Verteidigung nehmen wollen:

Doch bei meiner an den Anfang der Woldtschen Kritik gestellten totalen Unfähigkeit als Endergebnis sich ein erbärmliches Nachwort herausstellt, darüber wird sich wohl kaum jemand wundern. Wer über die Arbeiter berührende Angelegenheiten schreiben will, der muß, um derartigen Kritikern zu gefallen, ausschließlich die Lichtseiten der Arbeiter hervorheben und unterstreichen und darf ihre Schattenseiten einfach nicht sehen. Sonst wird eine an die Reuegerichte erinnernde Unterjochung seiner Gesinnung angelehrt, ausgehend von dem Grundgedanken, daß alles, was von den Dogmen der alleinseligmachenden sozialdemokratischen Kirche abweicht, nur durch Dummheit oder Bosheit oder besser noch durch eine schöne Verbindung dieser beiden Eigenschaften zu erklären ist.

Alles, was nicht in diesen Rahmen paßt, wird beiseite geschoben, wie z. B. meine sämtlichen Ausführungen über die Arbeitszeit und die Affordarbeit. Ich habe da z. B. Seite 107 wörtlich ausgeführt: „Das Affordlohnsystem hat die Tendenz in sich, die durch seine Anwendung erzielte größere Geschwindigkeit der Arbeiter und die durch die höhere technische Intelligenz der Arbeiter erzielten Vorteile in der Arbeitsmethode mit Hilfe der freien Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt dem Unternehmer ohne Entgelt zuzuführen. Dies führt aber dazu, daß die Arbeitsgelegenheit unregelmäßiger wird, daß sich die Arbeitslosigkeit häuft und periodisch wiederholt.“ Ich führe dann weiter aus, daß der Arbeiter von rein kaufmännischen Gesichtspunkten aus für sich verlangen kann, daß er in den guten Zeiten für das Risiko, häufig arbeitslos zu werden, entschädigt wird. Bezüglich der Ueberstunden führe ich aus, daß sie für den Unternehmer unrentabel sind, daß sie Pferde, die einen Marktpreis haben und die Bilanzkonten des Hauptbuchs verunfälschen können, nicht aufgelegt zu werden pflegen, weil man hier berechnet, in welcher Zeit die Pferde am meisten leisten und am wenigsten verbraucht werden. (S. 410.) Ich führe dann weiter aus, daß die Arbeiter nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit eine dauernde Verbesserung ihrer Lage zu erzwingen vermögen. „Es ist“, heißt es in meinem angebl. tendenziös die Unternehmerinteressen verfechtenden Buch auf S. 417 f. wörtlich, „eine längst allgemein als solche erkannte Unwahrheit, um nicht zu sagen dreiste Lüge, die einer Widerlegung nicht mehr wert ist, daß dem Arbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit Anlaß zu vermehrten unnützen Ausgaben für Alkohol und Vergnügungen geben würde. Die Arbeitszeit muß nur so bemessen sein, daß auch ein normaler Durchschnittsmensch mit der verbleibenden freien Zeit etwas Vernünftiges anfangen kann, so wird er sie ganz sicher auch vernünftig anwenden.“ Und S. 419 heißt es: „Der Kaufmann wird sich niemals, wenn sie ihm nicht durch die Macht der Tatsachen eingebläut wird, zu der Erkenntnis durchringen, daß es ein logischer Widerspruch ist, intensivierte Arbeit von dem Arbeiter ohne gleichzeitige Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen.“

Woldt bezieht mich in dankenswerter Weise darüber, zu welchem Resultat ich in Anwendung des Schemas von der Verdrängung der Klein- und Mittelbetriebe durch die Großbetriebe und der geleerten Arbeit in diesen durch die ungelernete Arbeit hätte kommen müssen. Ich bedauere, unbeschreiblich zu sein, da ich die Tatsachen selbst einer noch so schönen Theorie zuliebe nicht verweigern kann. Die tatsächliche Entwicklung ist nämlich die, daß bei dem gewaltigen Aufschwung der elektrischen Industrie und auch der Werkstätten für photographische Apparate diese heute mehr geleerte Feinmechaniker nötig haben, als vor zwanzig Jahren, wenn auch das Verhältnis der geleerten zu den ungelernen Arbeitern in den Großbetrieben für letztere ungünstiger geworden ist, und daß die konkurrenzfähigen gebliedenen Mittelbetriebe in dieser Beziehung keine Veränderungen von wesentlicher Bedeutung erfahren haben. Selbst in den Großbetrieben sind neue Berufe für geleerte Arbeitskräfte entstanden, wie zum Beispiel die Einrichter. Aber das gehört ja zu den Dingen, von denen Woldt, weil sie zu seiner kritischen Tendenz nicht passen, ebensowenig Kenntnis zu nehmen braucht, wie von meinen eingehenden Ausführungen, daß und warum die Arbeitsteilung in den Mittelbetrieben nicht so stark eindringen und daher die Affordarbeit und die Lohnrückerei für ihn nie die gleiche Bedeutung erlangen kann.

Weiter erörtert sich Woldt darüber, daß ich zur Untersuchung der Teilerhebung der schwankenden wöchentlichen Lohnempfindung der Arbeiter eine beschränkte Anzahl von typischen schlechten, mittleren und guten Arbeitern durch familiäre 62 Wochen des Jahres hindurch verfolgt habe. Er mißtraut meiner Auswahl. Das hier zu untersuchende Problem würde durch jede Durchschnittsberechnung nur verwischt worden sein. Eine Auswahl mußte also getroffen werden. Normaler als Herr Woldt geartete Menschen, die nicht so ausschließlich vom Kitztrauen beherrscht sind, müßten auch, ohne daß man es ihnen ausdrücklich zu sagen brauchte, finden, daß ich in meiner Auswahl schon durch den Umstand beschränkt war, daß ich dieselben Arbeiter durch vier Jahre hindurch verfolgte (sie müßten also sämtlich mindestens vier Jahre ununterbrochen im Betrieb tätig gewesen sein) und daß auf diesem Wege alle Willkürlichkeiten ausgeschlossen werden müßten. Doch ich stelle damit wohl schon zu große Ansprüche an das kritische Fassungsvermögen meines Rezensenten, der nach seiner eigenen Angabe auch mit der vollständigen berufsgenossenschaftlichen Lohnliste eines ganzen Betriebes nichts anzufangen weiß. Das wird mir außer Herrn Woldt doch wohl sonst kein verständiger Mensch zur Schuld anrechnen.

Damit bin ich bei den gestohlenen silbernen Rösseln angelangt. Es soll ein ganz besonderes Verbrechen sein, daß ich einen Teil meines Manuskriptes der Firma Siemens u. Halske vorgelegt habe. Ich gebe zu, das würde zutreffen, wenn ich von dieser Tatsache keine Erwähnung getan hätte. Woldt hat mir selber das Gegenteil bezeugt. Aber er hat seinerseits wider besseres Wissen alle in schärfster Weise dem Standpunkt der Arbeiter gerecht werdenden Stellen meines Buches, von denen ich hier nur einige Proben angeführt habe, verschwiegen. Deshalb fällt der Vorwurf der Tendenzwissenschaftlichkeit auf ihn als der der Tendenzkritik zurück.

Daß es schwer ist, einen großen Arbeitskampf, wie den des Jahres 1905 in der Berliner elektrischen Industrie objektiv zu beurteilen, will ich ohne weiteres zugeben. Man kann über solche Fragen immer verschiedene Ansichten haben, zu einem wissenschaftlich beweisbaren Urteil wird man wohl kaum je gelangen können, wie in jedem solchen erregten Kampfe, wo es sich um Meinungen handelt. Das berechtigt aber doch meinen Kritiker nicht, meine nach seiner Ansicht irrige Ansicht auf unlautere Tendenzen zurückzuführen, zumal, wie ich ausdrücklich nachgewiesen habe, solche Tendenzen in meinem Buch nicht vorhanden sind und nur hineininterpretiert werden können, wenn man die ganze Hälfte meines Buches, in der ich nach dem Vorwort meine Anschauungen zum Ausdruck bringe, geflissentlich totschweigt. Ich bin allerdings der Ansicht, daß man wissenschaftliche Streitfragen zum Vorteil beider Teile in anständiger Weise austragen kann, als dies Herr Woldt getan hat. Es ist nicht nötig, den Gegner gleich moralisch vernichten zu wollen und ihn der Gesinnungslumperei und des Strebertums zu bezichtigen, zumal Herr Woldt wissen muß, daß mir Strebertum im Sinne eines Ehrenbergschülers (wofür ich obendrein viel zu alt bin) durchaus fern liegt. Dem „Vorwärts“, als Vertreter demokratischer Prinzipien, möchte ich zum Schluß den Rat geben, es mir allein zu überlassen, welchem Erwerb ich

nachgehen will. Nur das kann ich ihm versichern, daß mir mein eben so ehelicher Erwerb, wie der irgendeines gesinnungstüchtigen Kritikers, bei seiner Schwermütigkeit noch keine Reichtümer eingebracht hat. Erleichtert wird die Arbeit dadurch nicht, daß der Metallarbeiterverband sein unsehbares Wissen für sich behält und anständige Briefe nicht einmal beantwortet. Schöneberg, den 16. Dezember 1909.

Dr. G. L. Heiß.

Von Genossen Woldt erhalten wir dazu folgende Mitteilung:

Da der Herr Dr. Heiß einen ähnlichen Brief auch an das „Correspondenzblatt der Generalcommission“ geschickt hat und sich meine Erwiderung nicht auf ein paar Zeilen beschränken kann, möchte ich dafür nicht den Raum des „Vorwärts“ in Anspruch nehmen. Der gelehrte Herr Doktor wird aber in der nächsten Nummer des „Correspondenzblattes“ von mir eine Antwort erhalten, die er sich vermutlich nicht hinter den Spiegel stellt. Richard Woldt.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifvorlage für die Brauereien wurde in ihrem Entwurf, wie sie aus den Kommissionsberatungen hervorgegangen ist, einer Versammlung von Brauereiarbeitern und den im inneren Betriebe der Brauereien beschäftigten Arbeitern vorgelegt, als der vierten und letzten der vom Brauereiarbeiterverband einberufenen Gruppenversammlungen, die am Sonnabendabend im Gewerkschaftshause stattfand. Schluß wurde referiert; er gab, ebenso wie in den übrigen Versammlungen, eine Uebersicht der Verhandlungen und erläuterte die einzelnen Punkte des Entwurfs, der neben den allgemeinen Forderungen für sämtliche Gruppen, die speziellen für jede einzelne Gruppe enthält. Diese speziellen Forderungen beziehen sich besonders auf Lohn und Arbeitszeit, wozu für die Brauer vorgeschlagen wurde:

Die Arbeitszeit soll folgendermaßen geregelt werden: Bei Tagelohn soll 8 1/2 Stunden innerhalb 10 Stunden, bei Nachtlohn 8 Stunden innerhalb 9 Stunden gearbeitet werden. Im Sudhaus, beim Bierlaufen und für die Darrbeizer, soll die Arbeitszeit 8 Stunden täglich, und zwar für 3 Kolonnen zu 6 Schichten pro Woche, betragen. Die Arbeit soll um 7 Uhr morgens beginnen. Als Wochenlohn sind 33 Mk. für Brauer und an deren Stelle Beschäftigte festgesetzt. Die im inneren Betriebe beschäftigten Hilfsarbeiter dürfen wegen der Lohnerhöhung nicht in eine schlechter bezahlte Sparte versetzt werden.

Der Vorsitzende Godapp stellte den Entwurf zur Diskussion. Im allgemeinen war man auch in dieser Versammlung mit den Arbeiten der Kommission zufrieden, wenn auch einzelne Rechner meinten, daß die Brauer von allen Gruppen die höchsten Gehälter bekommen und daß man mehr hätte fordern können. Es handelte sich in diesen Versammlungen nur um Beratungen und um Versicherungen der Mitglieder zu dem Entwurf. Eine beschließende Versammlung, die darüber zu entscheiden hat, in welcher Form die Tarifvorlage endgültig an die Brauereien gehen soll, wird erst im Laufe des Januar stattfinden. In allen vier Gruppenversammlungen wie auch in der Versammlung des Transportarbeiterverbandes wurde die Bedeutung der gegenwärtigen Bewegung hervorgehoben und zu eifriger Agitation unter den Unorganisierten ermahnt.

Die Organisationsverhältnisse in den Brauereibetrieben Berlins.

Wir erhalten zu diesem Thema abermals zwei Zuschriften. Die erste lautet:

In Nr. 296 des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 19. Dezember dieses Jahres wird eine Verächtlichmachung des Deutschen Transportarbeiterverbandes veröffentlicht, in welcher die in Versammlungsberichten des Brauereiarbeiterverbandes angegebenen Mitgliederzahlen des Transportarbeiterverbandes mit dem Vermerken als unrichtig bezeichnet werden, der Referent oder Berichterstatter müßte sich geirrt haben.

Hierzu bemerken wir, daß keineswegs ein Irrtum unsererseits vorliegt, sondern diese Zahlen auf einer genau aufgenommenen Statistik beruhen und, wie auch aus den Versammlungsberichten hervorgeht, sich auf die 43 zur Lohnbewegung stehenden Brauereien erstrecken.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Die zweite Zuschrift hat folgenden Wortlaut:

In dem Bericht über die Versammlung des Brauereiarbeiterverbandes, speziell der Handwerker, Maschinenisten und Heizer, in Nr. 293 des „Vorwärts“ ist dem Referenten ein kleiner Irrtum über die Organisationsverhältnisse unterlaufen.

Laut Statistik sind die Organisationsverhältnisse folgendermaßen:

Von 823 beschäftigten Handwerkern, Maschinenisten und Heizern sind 642 organisiert. Von diesen Organisierten sind 615 Mitglieder der zuständigen Organisationen, 111 im Brauereiarbeiterverband, 16 in verschiedenen nicht angeschlossenen Gewerkschaften.

Die Maschinenisten und Heizer sind in den Lagerbierbrauereien mit 259 Mitgliedern in ihrer Organisation vertreten von 334 beschäftigten Maschinenisten, Heizern, Abschmierern und Kohlenarbeitern. Dem Brauereiarbeiterverbande gehören 37 Mitglieder an. Unorganisiert sind 39 Beschäftigte.

In den Schulteis-Betrieben sind 55 Maschinenisten, Heizer, Abschmierer und Kohlenarbeiter beschäftigt, von denen nur 10 unorganisiert sind. Es sind also die Organisationsverhältnisse doch bessere, als sie vom Referenten hingestellt worden sind, oder aber man rechnet die Mitglieder des Maschinenisten- und Heizerverbandes als Unorganisierte.

Die Differenzen in der Holzindustrie

werden trotz des bevorstehenden Weihnachtsfestes mit unerminderter Schärfe weiter ausgefochten. In Höchst a. M. und Ludenwald ist zwar in den letzten Tagen erneut verhandelt worden, eine Verständigung konnte aber bisher nicht erzielt werden. In Sommerfeld versuchen die Unternehmer mit Aufbietung aller Kräfte Streikbrecher anzuwerben. Wieder ohne Erfolg. Nicht schlechte Erfahrungen auf diesem Gebiete macht auch die Waggonfabrik Waagen, bei der seit Wochen die Stellmacher wegen einer erheblichen Lohnreduzierung ausständig sind. In Berlin und anderen Orten wurden ganze Transporte von Streikbrechern zusammengestellt, die aber — dank der Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft — wieder zerstreut wurden. Mit dem traurigen Rest, den die Streikbrechererzeugnisse nach Waagen brachten, vermag die Direktion der Fabrik nichts anzufangen. Es sind deshalb in den letzten Tagen die Tischler des Betriebes in Mitleidenschaft gezogen worden, weil sie sich weigern, die Arbeit der ausständigen Stellmacher fertig zu stellen.

Deutsches Reich.

Tausend vogelwähnliche Sticker sind gestern in den Knastband getreten, da ihre Forderungen von den Fabrikanten nicht bewilligt worden waren. Dadurch sind auch etwa 1500 Arbeiterinnen ohne Arbeitsgelegenheit.

Christliche Totenschändung.

Der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes Gerhardt aus Schwäbisch-Gmünd legte nach dem Berichte des „Wurzheimer Anzeiger“ dem verstorbenen Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“ Deinhardt die Worte in den Mund: „Der Arbeiterverrat der sozialdemokratischen Führer stinkt zum Himmel.“ — Genosse Deinhardt hat so etwas natürlich nie gesagt. Es liege aber dem Arbeiter Gerhardt zu viel Ehre an, wenn man diese Tatsache des längeren begründen wollte. Es genügt, den „christlichen“ Versuch, einen Ehrenmann nach seinem Tode mit Schmutz zu bewerfen, der öffentlichen Beurteilung unterbreitet zu haben.

Ausland.

Der Bergarbeiterstreik in Australien.

Sydney, 20. Dezember. Die Vereinigung der Bergleute des Nordreviers hat an die Bergleute des Südbreviers ein Zirkular erlassen, in welchem diese aufgefordert werden, fest zu bleiben, und worin sie erklärt, daß sie selbst die Föhne des obligatorischen Lohnes nicht annehmen. Ferner wird gemeldet, daß die North Sydney-Gas-Company nicht mit Kohlen versehen ist, und daß 70 000 Einwohner heute ohne Gasbeleuchtung sind.

Die Vereinigung der Bergleute des Südbreviers hat sich, wie aus Sydney gemeldet wird, gegen den allgemeinen Ausstand ausgesprochen, und beschlossen, sich der Entscheidung des Streikkongresses, daß die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen ist, zu unterwerfen.

Aus der Frauenbewegung.

Last alle Hoffnungen fahren!

Die von Frau Minna Cauer in der „Frauenbewegung“ unterbreiteten Weihnachtswünsche erfahren die Aussicht auf gänzliche Nichterfüllung! Wie ein Hohn auf ihre Wünsche muß das eben besonnene Einigungsprogramm der Linken die Frauenrechtlerinnen berühren! Von einer Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frau, die das A und O der Frauenbewegung ist, steht kein Jota in dem Entwurf. Frau Cauer sagt in ihrem Wunschzettel: „Jetzt oder vielleicht nie wieder gilt es die Entscheidung herbeizuführen, ob Reaktion, ob Fortschritt den Sieg erringen werden. Es ist die höchste Zeit, daß dem deutschen Volke jene Ruhe und jene Sicherheit zuteil wird, die auf Glauben an eine gerechte Leitung basiert, und auf Vertrauen zu ihrer Volksvertretung aufgebaut ist. Diese Volksvertretung aber hat in Staat und Gemeinde aus Männern und Frauen zu bestehen! Von dieser Forderung werden die Frauen niemals abweichen — niemals! Das ist unser heiligster, unser ausnahmender Wunsch!“

Wie aber stellen sich die „Liberale“ zu dieser Forderung der Gerechtigkeit, zu der Mitwirkung der Frau in Staat und Gemeinde? Sie schalten die Frau als „Subjekt“ der Gesetzgebung in ihrem Programm beiseite und vollständig aus. Die 11 Millionen erwerbstätiger Frauen im Deutschen Reich sollen nach freistimmigen Willen auch weiterhin kein Bestimmungsgeld, keine eigene Vertretung haben. Vergeblich werden die bürgerlichen Frauen in dem Freistimmkommissionsprogramm danach suchen, von einem aktiven oder passiven Frauenwahlrecht etwas aufzufinden! „Erhaltung des Reichstagswahlrechts“ steht darin, aber nicht von Ausbeutung dieses Rechtes auf die Frau. Damit ja kein Mißverständnis obwalten kann, hat man weiter mit Bezug auf das Kommunalwahlrecht die Forderung beliebt, daß eine Reform verlangt werde „unter Befreiung der Klassenwahlen und der öffentlichen Stimmabgabe“. Der Ausschluß der Frau vom Kommunalwahlrecht soll also nicht beseitigt werden! Deutlich ist die Feindschaft gegen das Frauenwahlrecht, ob sie auch heilsam wirkt, wagen wir zu bezweifeln.

Jedoch, ganz so schlecht, wie es den Anschein hat, sollen die Frauen denn doch nicht behandelt werden.

Im Einigungsprogramm heißt es weiter:

„Erweiterung der Rechte der Frauen und ihres Erwerbsgebietes, Erleichterung der Frauenbildung und Reformen im staatlichen Verwaltungswesen zugunsten der Frauen. Verstärkte Mitwirkung der Frauen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge und des Bildungswesens. Heranziehung der Frauen zur Kommunalverwaltung.“

Unter der schützenden Aufsicht der Herren der Schöpfung so die Frau doch gnädigt zur ehrenamtlichen Tätigkeit in der Gemeinbewerben werden. Aber nur ja kein Wahlrecht! Daß die Damen an die Konsequenzen ziehen werden, erwarten wir nicht; am Grauester Hoffnungen ziehen sie sich mit der Hoffnung, ihre Klage werde schließlich doch noch freigeilich und fortschrittlichen Geist bei den Liberalen erwecken.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Drei Arbeiter tot, sechs schwer verletzt.

Günigerloh (Westfalen), 20. Dezember. (W. Z. B.) Heute nachmittag ist auf dem Neubau einer Zementfabrik ein Baugerüst eingestürzt und hat die darauf befindlichen Arbeiter verschüttet. Drei Tote und sechs schwerverletzte sind unter den Trümmern hervorgeholt worden. Mehrere Bauarbeiter sollen sich noch unter den Trümmern befinden.

Das Budgetprovisorium im Auschuß angenommen.

Wien, 20. Dezember. (W. Z. B.) Der Budgetauschuß des Abgeordnetenhauses nahm mit 26 gegen 18 Stimmen ein sechsmonatiges Budgetprovisorium an.

Die Reform der Geschäftsordnung im Herrenhause.

Wien, 20. Dezember. (W. Z. B.) Das Herrenhaus verhandelte heute das Gesetz betreffend die Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses. Referent Fürst Schönburg gab der Hoffnung Ausdruck, daß innerhalb der einjährigen Frist der Wirkungsdauer der neuen Geschäftsordnung das Abgeordnetenhause Anordnungen treffen werde, die eine Wiederkehr der schmachvollen Zustände der letzten Jahre ausschließen würden. Freiherr von Plener erklärte, die Verfassungsreform sei zwar weit entfernt davon, die Lösung des österreichischen Problems von einer bloßen Geschäftsordnungsreform zu erwarten, sie glaube aber gleichwohl, ihre Zustimmung einer Maßregel geben zu müssen, welche wenigstens die Möglichkeit für eine würdige, ungehörte Lösung der parlamentarischen Aufgaben der Volksvertretung eröffne, und sie werde es mit Genugtuung begrüßen, wenn es bei der definitiven Reform der Geschäftsordnung gelänge, die sprachrechtlichen parlamentarischen Verhältnisse in einer die Einheitslichkeit der Verhandlung und die Gleichmäßigkeit der Ausübung der Präsidialgewalt verbürgenden Weise zu regeln. Graf Thun erklärte: die Gruppe der Rechten werde für den vorliegenden Gesetzesentwurf stimmen. Unter den traurigen Verhältnissen im Abgeordnetenhause habe das ganze Staatswesen und auch das parlamentarische Ansehen Oesterreichs in der ganzen Welt gelitten. Er erkläre in dem Antrag betreffend die Reform der Geschäftsordnung den ersten Schritt zu Gefundung. Nach dem Schlußwort des Referenten wurde der Entwurf in allen Lesungen einmütig angenommen.

Großfeuer in London.

London, 20. Dezember. (W. Z. B.) In dem großen Bazar von Arding und Hobbs im Stadtteil Clapham brach heute nachmittag, während das Gebäude infolge des Weihnachtverkehrs dicht gefüllt war, Feuer aus. Der ganze Bänkerblock, der über 40 Mr bedeckt, wurde zerstört. Bisher wurden drei Tote geborgen. Viele Personen, die aus den oberen Stockwerken auf die Straße sprangen, sind verletzt worden.

*) Ich halte mich an den Originalaufsatz von R. Woldt in Nr. 50 des „Correspondenzblattes der Generalcommission der Gewerkschaften“, aus dem der „Vorwärts“-Artikel einen Auszug darstellt. Dort finden sich die angeführten Ausdrücke.

Aus Industrie und Handel.

Wenn man — Glück hat.

Mit den aufsehenerregenden Terrainspekulationen in der Nähe von Jossen und Baruth beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer die bekannte Zeitschrift „Die Bank“.

Seit mehreren Jahren war das preussische Kriegsministerium mit dem Plan umgegangen, das Tempelhofer Feld als Truppenübungsplatz der Berliner Garnison aufzugeben und aus dem bei dem Verkauf erzielten Erlöse einen größeren Übungsplatz zu beschaffen.

Seit etwa 1904 kam für diese Zwecke die Gegend im Süden des Kreises Teltow in der Nähe von Jossen und Baruth in Betracht. Tatsächlich ist denn auch im Juli dieses Jahres der Verkauf des Geländes im Umfang von etwa 6000 Hektar ... beschlossen worden.

An diesem Punkte steht nun ein trübes Kapitel der Verwaltungsgeschichte ein. Der Vorstand des Kreises Teltow wird mit Eingaben und Telegrammen bedrängt — aber die Genehmigung kommt nicht.

Die allgemeine Erregung hat sich der um ihren Anteil gebrachten Gemeinden bemächtigt. Man nennt bestimmte Namen, die sich ihrer Verbindung mit den höchsten Stellen gerühmt und wiederholt erklärt haben, daß sie das rechtzeitige Eintreffen der Genehmigung verhindern würden.

Die „Berliner Correspondenz“ ist beauftragt worden, eine harmlose Erklärung für das eigenartige Glück der Grundstückspekulanten zu veröffentlichen. Danach sind lediglich die vom Minister des Innern und der Finanzen unter dem 18. Mai erlassenen generellen Vorschriften über den Inhalt von Verzuwachsteuerordnungen Ursache der für die armen Gemeinden verspäteten Genehmigungen ihrer Steuerordnungen.

Gold auf Lager. Wie in einer Aufsichtsratsitzung der Bergwerksgesellschaft Hibernia mitgeteilt wurde, mußte das Unter-

nehmen von den ersten 11 Monaten des laufenden Jahres produzierten 640 023 Tonnen Stofs 150 671 Tonnen wegen Mangel an Absatz lagern lassen. Die gelagerte Menge macht fast 25 Proz. der Gesamtzeugung aus.

Fleischteuerung.

Die Berliner Fleischversorgung hat dieser Tage ihre bereits vor 3 Jahren dem Reichstage eingereichte Petition erneuert, die dahin ging, 1. die Oeffnung der Grenzen zwecks Einführung von lebendem Schlachtvieh in die Wege zu leiten, 2. die Hölle auf lebendes Vieh für angemessene Zeit gänzlich aufzuheben, jedenfalls aber auf ein erträgliches, den vor dem 1. März gültigen Zollfakten mindestens gleichkommendes Maß herabzusetzen.

Dynamit steigt im Preise.

Wie aus London gemeldet wird, ist der Preis für Glyzerin um über 100 M. pro Tonne gestiegen. Das ist eine Verteuerung um rund 100 Proz. Angeblich wird Glyzerin infolge gesteigerter Dynamitproduktion sehr knapp.

Gerichts-Zeitung.

Ein „Vertrauensmann“ des Polizeipräsidiums.

Am 4. Juli, einem schönen Sommerfrühling, war's — da schwebte wieder mal der preussische Staat in schwerer Gefahr. Die arbeitende Jugend Groß-Berlins wollte, einer Einladung des Berliner Jugendauschusses folgend, einen Massenauflug nach Adlershof unternehmen.

Die eindrucksvolle Kundgebung durfte nicht ungerochen bleiben. Man suchte nach Schuldigen und glaubte schließlich, sie in den beiden Genossen Tischler Horlich und Walter Schenk gefunden zu haben. Horlich sollte auf öffentlicher Strafe einen Aufzug veranstalten haben, dem die nötige Genehmigung fehlte; Schenk sollte eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten geleitet haben, ohne sich darum zu kümmern, ob es dem Herrn Amtsvorsteher passte.

Lieben also nur Horlich und Schenk. Aus der Art, in der das gegen sie eingeleitete Verfahren betrieben wurde, konnte geschlossen werden, daß die ganze Aktion ausgegangen sei von den Angaben eines sogenannten „Vertrauensmannes“ der Polizei. Es fiel auf, daß man als Belastungsmaterial zunächst nur die Verbindungen eines Gendarmen heranzog, der höchstens über die Vorgänge auf den Wegen nach Adlershof etwas wissen konnte.

zerge ein Herr George genannt, der Journalist sei und über die Vorgänge in der Versammlung Bescheid wisse. Außerdem sollte noch ein „Vertrauensmann“ des Berliner Polizeipräsidiums an der Versammlung teilgenommen haben, doch hatte das Polizeipräsidium „aus dienstlichen Gründen“ Einspruch dagegen erhoben, daß durch seine Ladung den Angeklagten die angenehme Bekanntschaft dieses Herrn vermittelt werde.

Würde durch die Gerichtsverhandlung das Treiben eines Spießes enthüllt werden? Diese Frage bewegte die beiden Angeklagten Schenk und Horlich, als sie gestern vor den Schöffen des Amtsgericht Adlershof standen. Beide Angeklagten, deren Verteidigung in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Karl Liebknecht lag, erklärten sich für nichtschuldig. Horlich sollte belastet werden durch Gendarm Rauh. Aber dieser Zeuge betandete, von einem öffentlichen Aufzug könne man nicht reden, die jungen Leute seien nur in Kolonnen angekommen, die dann zerstreut worden seien. Er selber wenigstens habe das nicht als einen öffentlichen Aufzug angesehen, er habe ja auch nur die Anzeige gemacht, daß in einer nicht angemeldeten öffentlichen Versammlung politische Angelegenheiten erörtert worden seien.

Nur und bündig beantwortete dann der Amtsanwalt für beide Angeklagten die Freisprechung. War den Angeklagten mit dieser geschwinden Erledigung gedient? Der Verteidiger führte aus, es liege ihnen weniger an ihrer Freisprechung, als an der Bekanntheit jenes „Vertrauensmannes“. Es sei zu erwägen, ob man ihn nicht doch noch laden solle. Anderenfalls schließe selbstverständlich auch er sich dem Antrag auf Freisprechung an, er fordere aber auch Ueberrahme aller notwendigen Auslagen der Angeklagten auf die Staatskasse, da beide ohne jede Berechtigung angeklagt worden seien.

Das Urteil lautete: Freisprechung. Auf die Staatskasse seien zu übernehmen die Kosten des Verfahrens, doch nicht alle notwendigen Auslagen, weil immerhin ein „genügender Verdacht“ vorgelegen habe. So wurden die freigesprochenen Angeklagten schließlich doch noch an ihrem Geldbeutel dafür gestraft, daß der Amtsanwalt aus der Anzeige des Gendarmen einen „Aufzug“ herausgelesen und der „Vertrauensmann“ den Versammlungsleiter für Schenk gehalten hatte.

Eine brutale Mißhandlung eines Kindes

beschäftigte wieder einmal den Strafrichter. Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg mußten sich der Maurer Otto Rietich und dessen Ehefrau Emma R. aus Steglitz unter der Anklage der mittels gefährlichen Werkzeuges und einer das Leben gefährdenden Behandlung begangenen Körperverletzung verantworten. Es handelte sich um die Leibesgeschichte eines unehelichen Kindes, welches von der Mutter in der unerhörtesten Weise drangaliert wurde. Der kleine, jetzt sechsjährige Otto Striese war vor der Verheiratung der Mutter bei anderen Leuten untergebracht worden. Als sich die Angeklagte dann verheiratete, nahm sie den Knaben zu sich. Von diesem Augenblick an begann für den Knaben ein wahres Martyrium. Bei der geringsten Kleinigkeit, vielfach auch ohne jede Ursache, wurde das Kind mißhandelt, wobei sich die brutale Mutter eines Leibstrichens, eines Holzschlages und auch häufig des Feuerhahns bediente. Das Kind war über und über mit blauen Flecken und Striemen bedeckt, die zum Teil aufgeplatzt und in eitrige Entzündungen übergegangen waren. Einmal hatte der kleine Otto sich aus Versehen die Nase aufgerissen. Die Angeklagte steckte dem Kinde mit einer Sicherheitsnadel zu, wobei sie die Nadel durch das Fleisch trieb und den Jungen stundenlang damit herumlaufen ließ. Der Knabe war so eingeschüchtert, daß er es nicht wagte, irgendetwas über die ihm zuteil gewordene Behandlung zu sagen. Erst im August dieses Jahres wurde von Nachbarn Anzeige bei der Polizei erstattet. Der Knabe wurde daraufhin sofort den Eltern abgenommen. — Der Staatsanwalt

Kleines feuilleton.

Ischudi Laten in München. Aus München wird uns geschrieben: Während die Berliner sich über Vodes Rechtsaberei ärgern müssen, haben wir Münchener keine Freude an dem Erfolgreichen und tatkräftigen Wirken unseres neuernannten „Generaldirektors der bayerischen Staatsammlungen“. Wie dankbar sind wir, daß man Ischudi von Berlin weggegrault hat, so daß keine großartige organisatorische Kraft für München frei wurde! Am 18. Dezember ist die A l t e P i n a l o t h e k, die weltberühmte Hofische Gemäldegalerie Münchens, nach längerer Zeit dem Publikum wieder zugänglich gemacht worden. Die Arbeit Ischudis ist nun zu überblicken. Man muß gestehen, er hat mit glücklicher und fester Hand Reformen von durchgreifender Wirkung geschaffen, die Studium und Genuß dieses früher mangelhaft geordneten, mangelhaft gehängten, mangelhaft beleuchteten Bilderschates um jedermann ungestört ermöglichen. Vor allem hat Ischudi für eine bessere Beleuchtung der Säle gesorgt, indem er die dunklen Wandspannungen mit leichten Farben überstreichen ließ. So hängen jetzt die alten Niederländer auf weißem Grunde, die Van Dyck und Tizians auf hellem Grün, Rubens und die Florentiner auf sattem Rot. An Neuerwerbungen sind zu nennen: ein Goya, ein Gainsborough, Guardi „Concert“ und eine vortreffliche „Entlebung Christi von dem griechischen Vorkäufer des Belasquez: Theotokopoulos. Mit großer Energie hat ferner Ischudi die Sammlungen ergänzt durch wichtige Bilder, die er aus den bayerischen Provinzgalerien herbeiholt. So nahm er den Augsburger sieben alte Italiener, worüber die Provinzpreise ein mörderisches Geheiß erob. Daß der Generalinspektor bei einer durchgreifenden Neuordnung der Pinakothek befaßt ist, einen Austausch der dem Staate gehörenden Bilder zu vollziehen — die Augsburger Bildergalerie erhielt dafür neun italienische Bilder — unterliegt gar keinem Zweifel. Ebensovienig ist es zweifelhaft, daß eine hauptstädtische Sammlung einen möglichst geschlossenen Uebersicht über die wichtigsten Meister der Kunstgeschichte zu geben hat.

Theater.

Schbell-Theater: Adam und Eva. Drama von Julius Reier-Graefe. In der unvollständigen Anlage der Situation, der Charaktere und ihrer wechselweisen Beziehungen hat dieses Drama des bekannten, geistvoll-paradoxen Samischkeitsstellers viel nachdenklich interessante Feinheiten. Es ist ein stark persönlicher Zug darin, ein Streben, das Grundgefühl feurig begeisteter Jungabge an das geniale Kunstwerk und seinen Schöpfer in bewegter Aktion und in Konflikt mit anderen Lebensmächten vorzuführen.

Der Kunstkritiker Karl Jäger, der ähnlich wie der Autor mit Leidenschaft nach neuen, noch unentdeckten Größen späht, glaubt in den Schätzen seines jungen Freundes Lassen Vorzeichen künftiger Meisterhaftigkeit zu erkennen. Die Möglichkeit, die innere Entfaltung eines Auserwählten teilnehmend mitzuerleben, erfüllt ihn mit selbstlosem Glücksgefühl. Jeder Gedanke spannt sich auf das eine Ziel, den weichen Freund zu fassen, sein Wesen anzufeuern und jede äußere Hemmung wegzuräumen. Durch Vermittlung eines kleinen Kunsthändlers, der als merkwürdig parodierende Parallelsfigur Jägers sich ihrer Inferiorität freilich ironisch schmerzhaft bewußt ist, unterstügt er Lassen heimlich. Dramatische Spannung aber gewinnt diese ganze Situation durch das Verhältnis des Kritikers zu Lassens reizvoll schöner Frau, an der dieser all ihren hysterisch-lyrischen Sinnen zum Trost mit abgöttischer Verehrung hängt. Jäger sieht in ihr die Feindin, die den Mann von seiner großen Aufgabe abziehen will und er haßt sie doppelt, weil er selbst, von ihren Koketterien gefangen, und zum Betrüger an dem Freunde geworden. Wie er mit mühsam unterdrückten Grimm den Kampf um sein Idol führt, den grenzenlos gutmütigen Künstler, der von dem allen nichts begrift, aus den Fesseln dieses Bundes loszureißen sucht, das ist im ersten Akt bedeutsam charakteristisch dargestellt. Jäger verachtet die Frau, doch ist er bereit, die eigene Freiheit zum Opfer zu bringen, wenn sie den ungeliebten Gatten frei gibt. Ihre Weigerung empört ihn. Sein Haß flammt während auf, und in der Kaserne der Rachsucht schwört die Beladigte, das Geheimnis zu verraten.

So interessant die Exposition ist, so sehr enttäuscht die weitere Fortführung. Schluss und Anfang stehen in gar keinem Zusammenhang. Die Frau, die in fiebernder Exaltation ihre Drohung wahr gemacht, wird in dem letzten Akt, nachdem sie sich einen Revolverschuß beigebracht, plötzlich ein Gegenstand der Apotheose. Sterbend legt sie die Hände der beiden Männer ineinander. Ihr Angedenken wird als guter Genius den Künstlern umschweben. Und der Kritiker selber beugt sich vorwärts. So zerfällt das Drama in eine nebulöse, von jeder psychologischen motivierenden Begründung losgelöste Symbolik.

Die beiden Hauptrollen, der Geniegläubige, rücksichtslos-gewaltsame Kritiker und die vielbedeutig schillernde Frau erhielten durch Kahler und Ida Koland eine glänzende Darstellung. Sehr gut war auch der träumerische Künstler Titos und Herzfelds schwärmerischer Kunsthandwerker.

Rußland.

Die Nacht des Gefanges über Vonditen, die den in Leonoro verliebten Sänger Stradella töten sollen, ist das Regimotiv der „romantischen“ oder „romantisch-lyrischen“ Oper „Alessandro

Stradella“ Friedrich von Flotow, Schöpfer der noch populärer „Martha“, hat sie komponiert und 1844 in Hamburg herausgebracht. Vor mehreren Jahren wurde sie und bei irgend einem Opernunternehmen als eine unromantische Serenadelei verbelet. Am Sonnabend wurde sie von unserer Volksoper aufgenommen und zeigte wieder ein freundliches Gesicht.

Nur Hälfte aus Tyril bestehend, verlangt sie vor allem gefangenschaftliche Vollendung; und der gut alufische Name der Volksoper begünstigt kleine Stimmen, während der Mangel der Ausbildung und der Gesangsprache härter hervortreten läßt. Dazu paßten die diesmaligen Leistungen gerade richtig. Es sind meist kleine, aber gut gebildete Stimmen. Von den zwei Tenoren zeigte der Tyrische, der Vertreter der Titelrolle, August P o d m a n n als Gast, eine Tonbildung, wie sie jedes Gesangslehrers Freude sein kann — oder könnte, wenns mit gleichmäßig schönen hellen Tönen allein getan wäre. Der Bassistenor Z ö r n i g stellt seine ein wenig dunkler gefärbte Stimme begreiflicherweise weit mehr in den Dienst des sprachlichen und dramatischen Ausdruck; und der andere, der Baritonbandit Paul F i s c h ö t t e r, stand ihm darin erst recht gut zur Seite. Auch die Koloratur-soprannistin Helene E g g e l i n g geht mit ihrer hübschen, nur durch einige Schärfe getrübbten Stimme über Singfang hinaus; und der Bass August K o e s l e r machte aus der dürftigen Rolle des zum Vord anstehenden Vormundes der Leonore das Bestmögliche.

Das Publikum vor dem Halleischen Tore scheint wärmer und wärmer, Herr Direktor Alfieri immer noch eifriger, sein Oberregisseur V. Glasinger stets sorgfältiger zu werden und sein Kapellmeister G. E n d e r s aus der gegenwärtig üblichen Vortragsweise der Instrumentalmusik herauszuschlagen, was nur immer möglich ist.

Notizen.

— **Mara Siegler**, die letzte große Repräsentantin einer Schauspielkunst, die ihre Geleise nur von der Bühne empfing, nicht vom Leben und nicht aus der Dichtung, ist am Sonntag in München im Alter von 65 Jahren gestorben. Sie hatte die großen Mittel, die kraftvolle Gebärde, das leidenschaftliche Pathos, die schmerzvolle Rede und all die anderen Requisiten der Bombenrolle. Die Tragödin, die hauptsächlich in München und Leipzig ihre Lehrtzeit durchgemacht hatte, hatte ihr letztes längeres Engagement am Berliner Theater (1888-90). Von da ab sah man sie nur noch auf kurzen Gastspielen. Sappho und Medea waren die bevorzugten Rollen ihrer auf starke, äußerliche theatralische Wirkungen ausgehenden Kunst.

beantragte gegen den Ehemann, gegen den die Weisungsaufnahme nichts Belastendes ergeben hatte, die Freisprechung. Gegen die Ehefrau beantragte der Staatsanwalt mit Rücksicht auf die ganz unerhörte rohe und brutale Handlungsweise eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Das Gericht erkannte gegen den Ehemann Niesch auf Freisprechung. Das Urteil gegen die Ehefrau lautete auf einen Monat Gefängnis.

Der untergeschobene Graf.

Unsere Leser entsinnen sich noch des Strafprozesses, der gegen die Gräfin Kwieleda vor der hiesigen Strafkammer wegen Kindes-unterschlebung anhängig gemacht war. Die alte Dame versicherte lebhaft, der Erzeuger des Kindes sei ihr Mann und sie habe das Kind geboren. In der Königin-Augustastrasse habe sie entbunden. Unwahr sei, daß sie den Knaben gegen Entgelt von einer galizischen Bahnwärterin Meyer erkaufte und die Schwangerschaft vorgeschützt habe. Der Kwieledaprozess endete wegen Mangels an Beweisen mit der Freisprechung der Gräfin.

Damit war den Agnaten der Kwieledischen Familie, insbesondere dem Grafen Kwieleda aus Kalisch, an dem im Fall der Erweisbarkeit der Unterschlebung das Kwieledische Majorat Erbteil, nicht gedient. Auf ihre Veranlassung klagte nach Ablauf des Strafprozesses die Bahnwärterin Meyer aus einem kleinen Flecken in Galizien gegen die Gräfin Kwieleda und ihren Gatten, ihr das Kind, das von ihr unehelich geboren sei, herauszugeben. Das Landgericht Posen schob der Gräfin Kwieleda den Eid darüber zu, daß das Kind wirklich von ihr geboren sei. Den Eid leistete die Gräfin auch. Die Klägerin legte Berufung beim Oberlandesgericht ein, dies ordnete eine sehr umfangreiche Beweisaufnahme an.

In der ersten Verhandlung vor dem Oberlandesgericht spielte die Hauptrolle die Zeugin Hedwig Androszewska, die Tochter einer inzwischen verstorbenen Hedwige Angelo Androszewska. Diese Hedwige soll der Gräfin Kwieleda das untergeschobene Kind besorgt haben. Die Zeugin behauptete, ihre Mutter habe in einem kleinen Dorfe bei Kralau sich einen unehelich geborenen Knaben besorgt, für den 100 Gulden als Abfindung gezahlt worden seien. Inzwischen habe die Gräfin Kwieleda, um die später vorgeschützte

Geburt glaubhaft erscheinen zu lassen, sich den Leib mit Binden umschürt, damit der Anschein der Schwangerschaft erweckt würde. In einem Hause der Königin-Augustastrasse sei dann die angebliche Geburt inszeniert worden, zu der man von dem Gute der Gräfin einige Weinflaschen mit Schweineblut mitgenommen habe. Die Zeugin behauptet weiter, daß ihre Mutter ihr kurz vor dem Tode den Auftrag erteilt habe, die ganze Geschichte dem Grafen Seltor Kwieleda, einem der Agnaten mitzuteilen. Die Mutter habe ihr erklärt, daß sie nur unter dieser Bedingung in der Beichte von ihren Sünden losgesprochen worden sei. Der Gerichtshof hatte zwar einige Bedenken gegen die Eidesfähigkeit der Zeugin, es wurde ihr aber schließlich der Eid doch abgenommen.

Während der sich lange Zeit hinziehenden weiteren Beweisverhandlungen starb die Gräfin Kwieleda. Der Prozeß wurde gegen ihren Mann und den kleinen Anwärter auf das Majorat Problem fortgesetzt. Gestern fand, wie uns ein Telegramm meldet, die Verurteilung des Urteils statt. Das Posener Oberlandesgericht hob das Urteil des Landgerichts auf. Es stellte im Urteil fest, daß der als Graf Josef Kwieleda bei dem Berliner Standesamt eingetragene Knabe nicht der Sohn des gräflichen Ehepaars Kwieleda ist und verurteilte den Grafen Ignaz Kwieleda zur Herausgabe des Kindes Josef an die Bahnwärterin Meyer.

Nunmehr wird das Reichsgericht angerufen werden. Wird angenommen, der alte Kwieleda sei nicht des jungen angeblichen Meyer Vater, so hätte in diesem Prozeß der mitangeklagte junge Kwieleda-Meyer durch einen Pfleger vertreten sein müssen. Soweit ersichtlich, war dies nicht der Fall. Möglicherweise wird aus diesem Grunde die allein für das Majoratserbe entscheidende Feststellungsklage vom Reichsgericht abgewiesen. Welche Summen die Bahnwärterin erhalten hat, um ihren Sohn durch die Feststellungsklage um sein angebliches oder angeschobenes Majorat zu bringen, ist im Prozeß nicht festgestellt.

Ein Gendarm zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Wegen vorläufigem Ungehorsam diffidierte vor einiger Zeit das Kriegsgericht der 6. Division zu Regensburg dem Gendarm Max Täuber aus Köfiting einen Monat Gefängnis. Da der Gendarm Berufung einlegte, hatte sich dieser Tage das Oberkriegs-

gericht München damit zu befassen. Täuber, der in Köfiting im bayerischen Wald stationiert ist, war vom 22. bis 28. August dieses Jahres aufhofsweise nach der Station Eschellamm kommandiert. Er sollte am 29. August wieder nach Köfiting zurückkehren. Am 27. August wurde die Station Eschellamm durch den zuständigen Oberwachmeister visitiert. Gendarm Täuber ersuchte bei dieser Gelegenheit den Oberwachmeister, ob er nicht schon am 28. August nach Köfiting zurück dürfe. Diese Bitte wurde vom Oberwachmeister abgelehnt. Als letzterer sich entfernt hatte, soll der Gendarm, so daß es der Oberwachmeister noch hörte, gesagt haben: „Ich gehe doch am 28. nach Köfiting zurück.“ Er führte dies auch aus und verließ am 28. nachmittags um 4 Uhr die Station Eschellamm und begab sich nach Köfiting. Das war das ganze Verbrechen. Das Oberkriegsgericht verwarf die Berufung. Der Gendarm muß seinen Monat abstrumen. In Bayern untersteht der Gendarm wie in Preußen der Militärjustiz. Der Bayer untersteht jedoch nicht wie die aktiven Soldaten dem Reichsmilitärstrafgesetz, sondern dem alten bayerischen Militärstrafgesetz vom Jahre 1869. Artikel 128 und 129 dieses Gesetzes bestrafen den „vorläufigen Ungehorsam“ mit Gefängnis bis zu 2 Jahren, im Felde bis zu 8 Jahren Zuchthaus. 1 Monat Gefängnis ist das Strafminimum.

Witterungsübersicht vom 20. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C
Stommende	736	SB	6 bedekt	2	Saparanda	730	R	2 bedekt	-8
Hamburg	737	SB	7 halb bb.	1	Petersburg	745	SB	4 wolkig	1
Berlin	740	SB	3 bedekt	5	Scilly	750	RR	4 wolkig	3
Frankfurt	745	SB	4 wolkig	3	Aberdeen	741	RR	5 bedekt	-2
München	747	SB	4 bedekt	4	Oslo	751	S	2 halb bb.	0
Wien	747	DRD	1 Nebel	-1					

Wetterprognose für Dienstag, den 21. Dezember 1909.
Ein wenig kälter, zeitweise heiter, jedoch unbeständig mit geringen Niederschlägen und frischen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Zum Feste!



Paletots und Ulster Tausendfältige Auswahl
80.- 70.- 60.- 50.- 40.- 36.- M.
30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- M.

Geh-Pelze Geschmackvolle Pelzarten
275.- 250.- 225.- M.
185.- 150.- 115.- M.

Moderne Anzüge Tausendfältige Auswahl
70.- 65.- 55.- 50.- 40.- 36.- M.
30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- M.

Moderne Hosen Neuzzeitige, haltbare Stoffe
20.- 18.- 16.- 14.- 12.- 10.- M.
9.- 8.- 7.- 6.- 5.- 4.50 M.

Phantasie-Westen Aparte Neuheiten
18.- 15.- 12.- 10.- 9.- 8.- M.
6.- 5.- 4.- 3.50 2.75 2.- M.

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstraße 10
Der Winter-Katalog Nr. 38, Moden 1909, auf Wunsch kostenlos und portofrei

Zwei Eigenschaften sind es vornehmlich, die unseren

JOSETTI VERA

CIGARETTEN.

Ihren Ruf als beste 3 Pfg.-Marke geschaffen haben. Lediglich Ihre immer gleichbleibende vornehme Qualität, die wirklichen und stetigen Genuss gewährleistet, sowie ihr äusserst wohlfeiler Preis, der ihren Konsum Jedermann gestattet, sind die ausschlaggebenden Gründe für den hohen Grad der Wertschätzung, den sie bei allen sachverständigen Rauchern genießen.

Joseetti Vera m. a. e. M. 10 St. 30 Pfg.

Für den Weihnachts-Fisch
sind praktische und gern gesehene Geschenke diejenigen, die nie ihren Zweck verfehlen. Die unseren Lesern gut bekannte Firma

Georg Andree
Berlin C.
Prenzlauer Str. 1-2

Liköre, Spirituosen, Obstweine, Fruchtsäfte-Fabrik, die auch ein bedeutendes Lager in Bordeaux-, Rhein- und Moselweinen unterhält, liefert solche in vornehmer Ausstattung. Man besieht d. Auslagen in den Schaufenst. od. ford. Preislist.

Kohlenpreise
von 10 Zentner an ab Wagh:

33589*	p. Ztr.
Fordland Salen	0.90 St.
Senftenberger Marie	0.97
Pfännerschart	0.99
Fielitz	0.99
Anhalt. Kohlenwerke	1.05
Jisa	1.05
Prima Halbstelle	0.95
Heys, Ia Qualität	0.95

Sandmagazin haben jederzeit kostenlos zur Verfügung.

Bei Lieferungen frei Haus p. Zentner 10 bis 15 St. mehr.

Gersberger & Müller
Kohle- und Holzhandlung

Haupt- Mühlenstr. 18. Tel.: VII, 10 200.
Geschäft: Pallasenstr. 95. Tel.: VII, 4861.

Eine Mark
wöchentliche Vollausstattung aller eleganten fertigen Herren-Garderoben
Größe für Wagh.
Anfertigung nach Mass.
Kavaliers- und Herren-Moden

Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Straßberger Platz
II. Gesch. III.
Turmstr. 18,
I. Stock, 100. 100.

Praktische Weihnachts-Geschenke
kauft man zu sehr billigen Preisen in

JULIUS APELT'S

Möbelfabrik

Berlin SO. 6 Adalbertstr. 6 Kottbuser Tor

Große Auswahl in: Salons, Herrensimmern, Speisezimmern, sowie einzelne Möbel: Schreibtische, Trumeaus, Sofas, Kleiderspinden, Vertikos in modernster Stilart.
Aeltere Muster spottbillig.

Pelz-waren
jeder Art vom einfachsten bis feinsten Genre
direkt aus der Fabrik.
Einzelverkauf, Engrosproben.

F. Kalman,
Kommandantenstraße 15, I. Stock, London.
Teleph. I. 3017.

Achtung! Java!
Einlage, Umblatt u. Deckblatt

alles sicher haltbrennende Tabake, empfohlen per Pfund inkl. Wertsteuer und Zoll per Pfd. 1.05, 1.15, 1.30, 1.35, 1.40, 1.60, 1.70, 2.-, 2.60, 3.20.

Hamburger Rohabakhaus
Filiale: Berlin N., Brunnen-Straße 100.
299/5*

Hygienische Bedarfsart.
Drogerie Zarenba
Weinbergstr. 1, dir. a. Rosenthaler Tor.
Billigste Bezugsquelle! Verkauf i. zur dauernden Ruchhaft.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Charlottenburg.
Uhren und Goldwaren, Trauringe.
Friedr. Stabenow, jetzt Berliner Str. 146 (altf. Wall- u. Reichenstr.)
Für jede bei mir gekaufte Uhr beste 3 Jahre Garantie.

Blumen- u. Kranzbinderei
Aug. Krause,
Wiener Straße 7,
Besetzt Vereinsbränge ufm. 610/11.

Unserem
Wilhelm Robberts
zum heutigen Geburtstag!
Pflichterfüllt und — amtsmüde
zu sein
war stets dein Bestreben.
Welch' schöne Kontraste vereint
dich das Leben
harmonisch und rein.
Die Mühsung ist gut Drum
bleib, was Du machst —
Nur daß Du uns heute die
Mischung nicht spart!
Genossen des Bezirks 408a
im fünften Kreise.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
Bezirk Nr. 402 Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Genossin, Frau
Auguste Langner
Watterstr. 8
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 21. Dezember,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Friedrichshofes
Friedhofes, Gappelaue, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
221/15
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Frankfurter Viertel.
Bezirk Nr. 303.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Metall-
arbeiter
Michael Winkler
Strandberger Str. 26
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 21. Dezember,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Andreas-Kirch-
hofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
221/16
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 18. Dezember verstarb unser
Mitglied, der Schriftsetzer
Emil Fredrich
Liebenwalder Str. 34a.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 21. Dezember, nach-
mittags 2 Uhr, auf dem südlichen
Friedhofe, Müllerstraße, Ude See-
straße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
223/14
Der Vorstand.

Am 18. Dezember verstarb
unser langjähriger, lieber Mit-
arbeiter, der Schriftsetzer
Emil Frederich
im 34. Lebensjahre. 29583
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Vorwärts-Buchdruckerei
Paul Singer & Co.

Am Sonntag, den 18. De-
zember, verstarb nach langem,
schwerem unser lieber Mitarbeiter,
der Schriftsetzer
Emil Frederich
im 34. Lebensjahre. 29583
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 21. Dezember, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Südlichen Gemeinde-
Friedhofs, Müllerstraße, Ude See-
straße, aus statt.
Der Arbeiter-Ausschuß
der Vorwärts-Buchdruckerei
Paul Singer & Co.

Am 18. Dezember, verstarb
sanft nach langem, schwerem
Leiden im 25. Lebensjahre unser
geliebter Sohn und Bruder, der
Lichtler
Willy Wiehe.
Dies zeigen, um stille Teilnahme
bittend, ergebend an
Albert Wiehe nebst Familie.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 21. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Kapelle
des neuen Jakobskirchhofs in
Niedorf, Hermannstraße, aus statt.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-8, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 17. Dezember verstarb unser
Mitglied, der Schleifer
Wilhelm Hoffmann
Gerichtstraße 61.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 21. Dezember,
nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Augusta-
Hospital aus auf dem St. Seba-
stian-Kirchhof in Reinickendorf
statt. 223/15
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Goldarbeiter
Karl Zeitz
am 17. d. Mtz. an Herzleiden
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 21. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Thomas-Kirchhofs
in Niddorf aus statt.
Ferner starb am 17. d. Mtz.
unser Mitglied, der Schleifer
Wilhelm Hoffmann.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 21. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Augusta-Hospitals
aus auf dem St. Seba-
stian-Kirchhof, Reinickendorf, Humboldt-
straße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
131/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Am 14. Dezember verstarb unser
Kollege, der Hausdiener
Bernhard Maass
Weißhirsstr. 50.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 21. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Wilmersdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
71/20 Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Berlin II.
Nachruf.
Am 16. Dezember verstarb nach
langem, schwerem Leiden unser
langjähriger Mitglied, der Bohrer
Hermann Brandstahl
im 53. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
29606 Die Ortsverwaltung.

Dauftagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei dem Begräbnis meines
lieben Sohnes, unseres unergel-
blichen Bruders und Schwagers
Willibald Brennemann
sagen wir allen Teilnehmern unseren
innigsten Dank. 29696
Die trauernden Hinterbliebenen.
Dauftagung.
Für die letzte Ehre, welche meiner
lieben Frau, unserer guten, unergel-
blichen Mutter
Hedwig Baganz
von allen Verwandten, Freunden
und Bekannten sowie vom Schöne-
berger Männerchor bewiesen wurde,
sagen wir hiermit unseren innigsten
Dank. 29705
Wilh. Baganz nebst Kindern.

Hygienische
Biermarken.
Bedarfsartikel. Neues Katalog
in. Empfehlung. Ausrüstung u. Fr. gr. u. z.
H. Wagner, Gummiwarenherst.
des Sa. Wk. Friedrichstraße 41/9

**BÖHMISCHES
BRAUHAUS**
Unsere echten Biere
sind überall zu haben.
In Flaschen, Kannen
und Syphons.
Tel. VII, 4088, 68, 90.

Verband der hantgewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Umgegend.
Mittwoch, den 22. Dezember, abends 8 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
in Anton Böfers Festsaal, Weberstraße 17.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Hermann Silbermann**, 2. Diskussion, 3. Anträge aus den Bezirken auf
Erhebung eines Lokalzuschlages in den beitragsfreien Monaten. 4. Wahl eines Ausschussmitgliedes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu
erscheinen. Mitgliedsbuch oder Kontrollkarte legitimiert, ohne dasselbe kein Einlaß. 31/10
Die Sitzung der Delegierten zum 11. Verbandstag zu Leipzig findet Donnerstag, den 23. Dezember,
in sämtlichen Bezirken in den Versammlungshoteln statt. Die Mitglieder der Sektionen wählen bei der Sitzung
einen Delegierten in den Bezirk.
Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Gol. L. Kant 3, 1239. Charitéstraße 3. Gol. III. Kant 3, 1957.
**Die Arbeitslosen der Schrauben-
branche treffen sich am Donnerstag,
den 23. Dezember, abends 6 Uhr, im
Lokal Wrangelstraße 136.** 181/13
Die Agitationskommission der Schraubenbranche.

PALMONA
KUH-BUTTER
Schweinefett
**Zuerst
kommt Palmona,**
denn sie ist reine
Pflanzen-Butter-Margarine,
erlegt die unerschwinglich teure
Kuhbutter vollkommen und übertrifft
alle anderen Fette an Reinheit
und Wohlgeschmack.
H. Schlink & Cie. A.-G.
Alleinige Produzenten von •Palmin• und
•Palmona•

Komplette Wohnungs-Einrichtungen!
Kontor-Möbel, Teppiche, Pianos, Geldschränke,
Klubsessel, Leder-Sofas etc.
erhalten solvente Personen jeden Standes von erster Firma innerhalb
Deutschland in erstklassiger Ausführung, auch nach Zeichnungen, zu
Original-Preisen. 9146/L*
Auf Wunsch Zahlungserleichterung, wenn 5% Zinsen
Reisende sind ständig unterwegs, um geill. Angabe der Adresse bittet
Berliner Industrie-Gesellschaft m. b. H., Eingang Kurze Str. 6/7, Aufg. IV L. Et.

SINGER
Nähmaschinen
sind die
Nützlichsten Weihnachtsgeschenke
Die SINGER
Nähmaschinen
haben sich als die
Besten bewährt.
Die SINGER
Nähmaschinen
sind in Wirklichkeit
die Billigsten.
Singer Co. Nähmaschinen A.-G.
BERLIN, Leipziger Straße 93.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Garderobe
für
Herren, Damen und Kinder.
neueste Fassons
größte Auswahl.
Pelz-Garnituren
für Damen und Kinder
in kolossaler Auswahl
wöchentlich 1 Mark.
Möbel
Polsterwaren, komplette
Wohnungs- und Küchen-
einrichtungen, Leib-
und Bettwäsche, Betten, Stepp-
decken, Teppiche, Gardinen,
Portieren, Bilder, Wand-
und Taschenuhren, Gas-
und Petroleumkronen,
Sport- u. Kinderwagen
auf Kredit
auch gegen bar
an jedermanns, eventuell
ohne Anzahlung
bei kleinster Abzahlung.
S. Dorn
Alte Schönhauser Straße 3
Ecke Linienstraße.
Heute bis 10 Uhr abends
geöffnet

Leihhaus
Gelegenheitskäufe vorfall. Gold-
und Silberwaren, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 20
Ecke Ritterstr.

1
Mark
wöchentliche Teil-
zahlung liefert ele-
gante fertige
**Herren- u.
Knaben-
Garderobe**
Erstanz für Maß.
Maß-Anfertigung.
Feinste Verarbeitung.
unter Leitung erstklas-
siger Schneidermeister
J. Kurzberg
40 Rosenhaler Str. 40
1. Etage, direkt am Hackeschen Markt
Klein Waren-Kredit-Haus!
Bei Barzahlung 10% Rabatt

Eine
Delikatesse
auf dem Weihnachtstisch sind
Cylliax
Fabrikate in hervorragender Qualität als:
**Honigkuchen, Makronenkuchen,
Pralinés, Marzipan, Schokoladen,
Baumkonfekte, Nervol-Kakao.**
— Außerst preiswert. —
Filialen in allen Stadtteilen.

Selten
günstige **Kaufgelegenheit**
für **Weihnachten**
Eine große **echter
Partie**
**Plüsch-
Tischdecken**
mit reicher Stickerei
weit unter Preis!
Größe
140/140 cm 7.85 bis 10.50
u. 125/155 „ „ 10.50 bis 21.00
130/160 cm 10.50 bis 21.00
145/175 cm 13.50 bis 33.00
Nach anwärts per Nachnahme.
Teppich-Spezialhaus
**Emil
Lefèvre**
Berlin Süd. Seit 1882
nur **Oranienstr. 158.**
Unterhalte nirgends Filialen!
**Weihnachts-
Extralist u. Katalog**
enorm billiger Geschenkartikel
(500 Abbild.) gratis und franko.
Spezialgeschäft f. Uhren
in größter Auswahl,
gut gehend, genau reguliert:
Kaval.-Remt.-Uhren u. 5 R.
Silberne Remt.-Uhren 7 R.
Goldene Remt.-Uhren 12 R.
Edelg.-Remt.-Uhren 9 R.
Sch.-Bed.-Uhren u. 3 R. an
Reelle schriftliche Garantie.
E. Möbis,
14 Beuth-Str. 14
n. Café Aschinger a Spittelmarkt

Zum Weihnachtsfest
Beste Bezugsquelle
Auf Teilzahlung
Wöchentlich nur 1 Mark!
Herren- und
Damenuhren,
Ketten, Wand-
u. Stand-
uhren, Gram-
mophone,
Tuben und
alle
Musikwaren.
Rollschuhe.
Jahre & König,
Warschauer Str. 65
Frankfurter Chaussee 121 (Laden)
Reichenhainer Straße 101
und Göbenstraße 19.
Achten Sie genau auf unsere
Firma.

Offiziere in nur freier, schöner
Ware, solange Vorrat reicht:
Fette **Gänse 70 Pf.**
junge
nur allererste Qualitäten.
Gänserümpfe, halbe Gänse,
große Rebrücken von 2. 6.50
große Rebrücken 7.50
Häsen, sauber gepulvt, auch gefüllt,
jetzt Suppenhühner, jge. Brathühner,
jge. Tauben in reicher Auswahl.
Wegner, 50. Mariannenstr. 34.

Grosse Preisermässigung

im Weihnachts-Verkauf

Sonntags geöffnet.



Plüschjackets und Paletots

in unerreichter Auswahl, auch für stärkste Damen, aus prima Velour du Nord und feinsten echt englischen Seal, glatt und mit reicher Stickerei und Bortengarnierung
18, 24, 33, 45, 60 bis 175 M.

Kostüme m. langen Paletots

mit Tressen garniert und Soutache-stickerei, aus feinstem Tuch, Kammgarn, Cheviot und englischen Stoffen.
21, 27, 32, 38, 45 M.

2000 moderne Kostümröcke

alle Größen und Längen, auch für stärkste Damen; pa. Satintuch, Cheviot, Diagonal, Tuch, Taft u. Seidendamast.
8, 10, 12, 15, 20, 24, 30 M.

Woll., seidene Blusen, Güllblusen, Morgenröcke, Matinees, Unterröcke

Backfischpaletots Besonders preiswert: Kindermäntel

Ein grosser Posten Jackettkleider 8 ⁵⁰ , 12 M.	Ein grosser Posten Kostümröcke 3, 4 ⁵⁰ M.	Ein grosser Posten wollener Blusen 2 ⁵⁰ , 3 ⁵⁰ M.
--	---	--

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr. Ecke Lindenstr. 2 Häuser vom Dönhofsplatz

12 Schaufenster.

Sonntags geöffnet.

Sonntags geöffnet.

Auf dem Weihnachtstisch

bereiten

Manoli

Cigaretten

die größte Freude.

Spezialmarken:

Gibson Girl, La Fleur, Diva, The Kaiser.

H. Esders & Dyckhoff

Ausverkauf

in fert. Herren- und Knaben-Kleidung

enorm unter Preis wegen Filial-Aufgabe

Oranien-Str. 48

Besondere Gelegenheit!

Ein Posten Einsegnungs-Anzüge, ganz bedeutend ermäßigt!

Ausverkauf nur Oranien-Str., Ecke Luckauerstr. am Moritzplatz.



Pelz-Stola-Verkauf

zu hervorragend billigen Preisen

Eigene Kürschnerei.

en gros über 1000 Riesenhafte Auswahl Stolas von 3 Mark an Colliers von 1,50 M. an Echte Skunks-Stola 1,00 Meter lang von 25 M. an

Eile zu Weile

Dresdener Str. 119, Eckhaus

genau auf die Nr. 119 u. Firma „Eile zu Weile“ zu achten.

Bitte Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.



Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Begründet 1873 **Hut-Salinger** Begründet 1873
Engros Spezialhaus für Neuheiten Export
in Filzhüten, Zylinderhüten, Chapeau claque, Strohhüten.

Einzelverkauf
zu sehr billigen u. streng festen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Kinder, die gern drucken,
zeigen nach Brunnenstr. 9.
Kompl. Druckereien von 40, 75, 100 usw. bis 4.50
Neu! Schreibmaschine 4.00
Plakat-Druck- und Schablonierkasten von 3.00 an.
H. Guttmann, Brunnenstraße 9
Stempel-Fabrik. am Rosenthaler Tor.

Hutfabrik Alfred Krug Brunnenstraße 54, Schönhaus-Allee 115
Herrenfilzhüte 1.90, 2.40, 3.—, H. 4.50.
Zylinder R. 6, 8, 10, 12 inkl. Reifefarben.
Wägen in allen Preislagen von 35 M. an.
Grösste Spezialgeschäfte des Nordens!
Leser dieser Zeitung 5 Prozent Rabatt!

Ohne Anzahlung
50 Pfennig wöchentl.
Spiegel, Bilder, Decken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Stores, ferner mit kleiner Anzahlung (1 Mk wöchentl.), Herren-Garderobe, Damenmäntel, Kostüme, Kostümröcke, Blusen, Bett- u. Leibwäsche, Betten.
J. Antel, Weinbergsweg 12, Bitte Besuch am Rosenth. Tor.

Bernhardstr. 11, Amt VII, 90. Spezialgeschäft für Lieferungen frei Haus.
Wild * Geflügel * Fische
Otto Grimm
Berlin NO. 18, Landsberger Allee 28.
Zum Weihnachtstische empfehle ich sehr preiswert meine anerkannt besten **Wartebucher Mastgänse,**
prima Enten, Brat- und Suppenhühner.
Stuttfrische Riesenwäldhasen, auch gepökt. Rehkeulen, Rehkrücken und Blätter zu billigsten Tagespreisen.
Fluß- und Seefische in reinsten Qualitäten.

Bruch-Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Octo- und Hilfs-Krankentafeln.
Berlin N., Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Bälleten, angenehm u. weich am Körper.

H. Pfau, Bandagist
C., Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Postzeilprädium. — Amt VII, 13799
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankentafeln.

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
H. & P. Uder,
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Grösste Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Partei-Angelegenheiten.

Zehlendorf (Wannseebahn). Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Diejenigen Mitglieder, welche noch Bücher aus der Bibliothek besitzen, werden gebittet dieselben mitzubringen, weil der Bestand der Bücher über Weihnachten neu aufgenommen und eine Neueinteilung vorgenommen wird. Der Vorstand.

Teltow. Am Dienstag, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Genossen W. Bonow unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht von der letzten Kreisgeneralversammlung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der große Weihnachtsummel des goldenen Sonntags brachte in gewohnter Weise die Massen auf die Beine. Der Glätteisfrost vom Sonnabend war einem prächtigen milden Spaziertag gewichen, und auch der fürchterliche Nebel, der genau vor Jahresfrist ganz Berlin bis in die Abendstunden hinein in einen dichten grauen Saal hüllte, stellte sich erfreulichsweise nicht als ungebeter Weihnachtsast ein. Der Sonntag vor Weihnachten ist der Einkaufstag des Volkes. Wohlweislich haben die Besitzenden, die weder mit der Zeit noch mit dem Gelde zu rechnen brauchen, ihren üppigen Weihnachtsbedarf längst gedeckt und auch von billigen Sachen das Beste vorweggenommen. Die gezwungenen Nachzügler können sich mit dem „Ausgesuchten“ begnügen. Man hat seit Jahren gemahnt, die Weihnachtseinkäufe frühzeitig zu besorgen. Wo die Anheims gefüllt sind, ist die Mahnung auf fruchtbaren Boden gefallen, was im Interesse der um diese Zeit schwer geplagten Geschäftsangestellten als ein Fortschritt gelten kann. Die Massen dürfen sich nicht nach schönen Worten richten. Für sie ist einzig und allein das Portemonnaie entscheidend. Und da das Sparen für Weihnachtswünsche im herrlichen Deutschen Reiche, das den Steuerdammern auch auf den kleinsten Beutel legt, immer mehr zusammenschrumpft, müssen Hunderttausende sehen, wie sie von den letzten beiden Wochenlöhnen vor Weihnachten ein paar Mark abstoßen, um ihren Lieben daheim eine larme Freude zu bereiten. So hat denn der goldene Sonntag seine eigentliche Vorbedeutung ziemlich verloren. Die Masse des Volkes hat aufgehört, an diesem Tage den Geschäftsleuten goldene Eier ins Nest zu legen. Solche Reflexionen wie vor Jahren, als es bei uns noch einigermaßen besser ausah, werden nicht mehr erzielt. Tausende glauben etwas zu verlieren, wenn sie am goldenen Sonntag sich nicht in den großen Warenhäusern herumdrücken und zusehen, wie — andere kaufen. Vom Ansehen aber hat man nicht viel. Es kann sogar gefährlich werden, da unsere Kriminalpolizei, die auf der Suche nach dem neuesten Kapitalverbrechen noch vollständig im Dufeln tappt, es sich in den hellen Weihnachtsräumen der Warenhäuser wieder recht bequem gemacht hat. Wer dafür Augenmaß besah, konnte hier am Sonntag auffallend viele für blankes Geld angeworbene Kriminale bemerken, die auf Warenhausdiebe Jagd machten und dabei nicht gerade selten nebenbei greifen. Auch vor den Warenhäusern sah man am Spätnachmittag, als der Weihnachtsummel seinen Höhepunkt erreichte, zahlreiche befehlte Weihnachtsschuhengel, sogar Veritene, deren Anwesenheit jedoch ziemlich überflüssig war, da es nirgends zu erheblichen Verkehrsstörungen kam. Im Straßen-trubel des goldenen Sonntags haben wir nach echter Weihnachtsgut, wie sie uns früher das Herz so freudig machte, so gut wie nichts bemerkt. Auch die qualmenden Petroleumlampen der letzten armseligen Weihnachtshuden und berlinische Pfefferkucheninschriften täuschen nicht mehr den entschwindenden Weihnachtszauber vor. Das Weihnachtsfest hat sich mehr wie je zum Geschäft herausgebildet. Wenn man es nach hundert Jahren abschafft, wäre es nicht gar so schade darum.

In der Fürsorge des Zentralkomitees der Kunst- und Fürsorgestellen für Lungenkranke in Berlin und den Vororten befanden sich von Januar bis Ende September 1909 über 10 500 Familien. Wertlich unterstützt wurden 3029 Männer, 5383 Frauen und 10 185 Kinder. Die Fürsorgestellen machten 28 836 Besuche in den Wohnungen. Durch Zuweisung von Betten und Anmietung von Schlafzimmern wurde in 843 Fällen dafür gesorgt, daß Tuberkulose allein schlafen, die vordem ihre Angehörigen gefährdet hatten. Auf Veranlassung des Komitees wurden 735 Personen in Wälderholungsstätten, 836 Erwachsene in Heilm- und Heilstätten, 1320 Kinder in Kinderheil- und Erholungsstätten untergebracht. Das Komitee vermittelte, daß an 788 Lungenkranke auf sechs Wochen aus Krankenhäusern Speise verabreicht und an Kinder 49 800 Speisemarken für die Kindervollstücken verteilt wurden. Zur Verteilung an lungenkranke verarmte Arme haben überdies die Fürsorgestellen 10 390 M. zusammengebracht und verausgabt. Leider hat das Komitee seine Wirksamkeit aus Mangel an Mitteln beschränken müssen. Der Magistrat Berlin hat deshalb beschloffen, statt bisher 20 000 M. für 1910 25 000 M. zu bewilligen.

Für den Diebstahl im Postamt 68 an der Ecke der Linden- und Ritterstraße soll, wie es heißt, die Markverkauferin in Höhe des entwendeten Betrages von 150 Mark aufkommen, weil sie „fahr-lässig“ gehandelt, nämlich ihren mit etwa einem Meter hohen Fenster umgebenen Stand verlassen hat, ohne vorher die Wachposten in Sicherheit zu bringen. Das Geld lag in einer blechernen Kassettenkassette auf dem Stuhl unter dem Stuhl, was der Dieb durch längere Beobachtung gewahrt haben muß. Wir können nicht recht glauben, daß die Postverwaltung das Markenkräulein, welches den kolossalen Tageslohn von zwei Mark bezieht, erspätlich machen will. Unseres Erachtens liegt eine Fahrlässigkeit der Postverwaltung vor, weil der Stand so niedrig ist, daß er überfliegen und ausgeraubt werden konnte, obwohl er von den gegenüberliegenden Schaltern genau zu übersehen ist. In anderen großen Postämtern, wo Markenverkauferinnen tätig sind, ist der Verkaufsstand nicht in dieser Weise zugänglich.

Zeitweise Zurückstellung vom Militärdienst.

Die verstärkten Erzahlkommissionen werden zur Entscheidung über Gesuche um zeitweise Zurückstellung bei notwendigen Verstärkungen oder Mobilisierungen bzw. bei Bildung von Erzahltruppenteilen Ende April 1910 ihre nächste Sitzung halten.

Dieserjenige in Berlin wohnenden Mannschaften der Reserve, Landwehr, Seemehr, Ersatzreserve und Marineersatzreserve, welche auf Zurückstellung Anspruch machen, werden aufgefordert, ihre Gesuche unter Angabe ihrer Militärverhältnisse und der Nummern, unter denen sie in den Listen der königlichen Bezirkskommandos I-IV

Berlin geführt werden, im Laufe des Monats Januar 1910 beim Militärbureau des hiesigen Magistrats einzubringen.

Ebenso werden die auf Zurückstellung Anspruch machenden und sich hier ausstellenden ausgebildeten Landsturmpflichtigen des II. Aufgebots aufgefordert, ihre Gesuche unter Angabe ihrer bisherigen Militärverhältnisse in der gegebenen Zeit bei dem bezeichneten Bureau einzureichen.

Die bereits früher berücksichtigten Mannschaften haben ihre Anträge auf weitere Zurückstellung im Bedarfsfalle zu erneuern und die nach dem 31. Januar 1910 eingehenden Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Die königlichen Erzahlkommissionen der Aushebungsbezirke Berlin. Frommel.

Eine Revolvergeschichte eines Kriminalbeamten erregte am Sonntagmorgen an der Ecke der Reinickendorfer und Weddingstraße großes Aufsehen. Der Kriminalbeamte Dresler wollte einen jungen Menschen verhaften. Dieser rief sich los, der Kriminalbeamte lief ihm nach und legte ihm die Handgelenke um. Vor Schmerz schrie der junge Mensch laut auf. Ein anderer kam hinzu und es entstand ein förmlicher Ringkampf mit dem Beamten, wobei der junge Mann sich losriß und fortlief. Der Schuttmann folgte ihm aber wieder und als der Verhaftete sich wieder losmachte, sprang der Beamte nach und als er ihn nicht festnehmen konnte, machte er von seinem Revolver Gebrauch und gab mehrere Schüsse ab. Es wurden mehrere Passanten, die vom Weihnachtsmarkt kamen, getroffen und verletzt. Ein Kind blutete stark, ein Mann wurde in den Oberarm, ein anderer in die Hand getroffen. Darauf nahmen erwachsene Personen dem Schuttmann den Revolver ab und lieferten ihn auf dem Revier ab. Man muß es noch als glücklichen Zufall betrachten, daß nicht ein paar Spaziergänger totgeschossen wurden.

Im Krankenhaus gestorben ist nun auch der vierjährige Knabe der Familie Bobost aus der Weinstraße. Damit ist die ganze Familie P. ums Leben gekommen.

Zum Frauenmord wird mitgeteilt, daß die Händlerin Frau Schred wegen Verdachts der Witttäterchaft oder Witttäterin in Sachen der Ermordung der Arnholz in Haft genommen worden ist. Bei einer in ihrer Wohnung abgehaltenen Hausdurchsuchung fand man mehrere Tropfen geronnenen Blutes. Die Schred sagt allerdings, daß ihr die Nase geblutet habe, weil Hahn sie mißhandelt hatte, verächtlich ist aber der Umstand, daß an dem geronnenen Blut ein blondes Haar klebte, das dem der Ermordeten gleicht. Außerdem war die Schred tafeln eifersüchtig auf die Arnholz. Wiederholt drohte sie der A., sie zu ermorden. Bisher leugnete Frau Schred, später als am 10. November mit der Arnholz zusammen gewesen zu sein. Weiter ist für die Schred bestritten, daß sie einen Brief an die Staatsanwaltschaft geschrieben hat, in dem sie Hahn wegen Fuhlfäulerei denunzierte, und zwar ihrem eigenen Geständnis zufolge, weil er von der Arnholz nicht lassen wollte. Der Brief hat keine Bestimmung nicht erreicht, kann auch nicht aufgefunden werden. Frau Schred will ihn verloren haben. Der Brief fällt zeitlich mit dem Verschwinden der Arnholz zusammen. Die Polizei folgert, daß die Schred den Brief vernichtete, als die Arnholz verschwunden war, da sie ja ihren Zweck erreicht hätte, den Hahn von der Arnholz zu trennen. Jetzt ist die Ermittlung eines Klemmners Max Jagielski dringend erforderlich. Es ist das jener Mann, über dessen Verbleib auch der erkrankte Schade gebot werden sollte. Jagielski, der am 17. August 1883 zu Berlin geboren wurde, kamte die Anna Arnholz und deren Kreise. Er führte die Epithymen „Klemmner-Max“ und „Keesen-Max“, diesen wegen seiner großen Adressen. Jagielski wohnte bei seinem Eltern in der Schönebergstraße in Hirtsdorf und arbeitete bei einem Meister in der Hirtsdorfstraße. Am Sonnabend, den 12. d. Mts. las er abends in der Zeitung, daß die Kriminalpolizei die Arnholz als die Käuferin des Jadedetts und damit als die Ermordete ermittelte hatte. Seit dieser Zeit ist er verstimmt. Er hatte in der Werkstatt bereits Arbeit für den Montag vorgefertigt, er schien aber nicht wieder. Die Ermittlungen ergaben, daß er sich zu seinem Wochenlohn von einem Arbeitsgenossen noch 3 M. hinzugesellen hat. Auch in der elterlichen Wohnung hat sich Jagielski nicht mehr sehen lassen. Es ist nachgewiesen, daß er mit der Arnholz noch bis in die letzte Zeit hinein verkehrt hat. Möglich ist, daß er sich wegen irgend eines Zusammenhanges mit dem Verschwinden der Arnholz nach dem Verlamtwerden ihres Todes irgendwo das Leben genommen hat. Bisher sind alle Nachforschungen nach ihm, auch bei seinen Verwandten in Mollenburg, erfolglos geblieben. Jagielski ist 26 Jahre alt, 1,74 Meter groß und schlank. Er hat dunkelblondes Haar, einen Anflug von Schnurbart, eine große gebogene Nase (Adlernase) und mit den Spigen nach innen stehende Zähne (Gegenteil der militärischen Grundstellung). Als er die Werkstatt verließ, trug er eine Deckelmütze und unter einem braunen Jadedettanzug seine Klemmnerbluse. Sein rechtes Auge war etwas entzündet. Wer über den Verbleib dieses Mannes etwas sagen kann, sollte sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei melden. Frau Schred ist unter dem Verdacht der Witttäterchaft oder Witttäterin dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Der Kriminalbeamte Wild, der den Schlächter Schade erschossen hat, ist aus dem Krankenhaus entlassen worden.

Ausstellung und Verkauf von Sonneberger Spielwaren und Glas-Christbaumschmuck finden bis Donnerstag, den 23. Dezember, im Gewerkschaftshaus (Saal 10 und 11) statt.

Arbeiter-Bildungsschule. Die durch die Krankheit des Genossen Brunwald ausgefallenen Unterrichtskurse werden wie folgt nachgeholt:

Redekunst: Mittwoch, den 22. Dezember und Donnerstag, den 23. Dezember, abends 8 1/2 Uhr.

Finanzwissenschaft: Dienstag, 28. Dezember, Mittwoch, den 29. Dezember und Donnerstag, den 30. Dezember, abends 8 1/2 Uhr.

Geschichte: Montag, den 3. Januar, Dienstag, den 4. Januar und Mittwoch, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hatte im November einen Umsatz von 291 057 M., während der November des Vorjahres 193 310,51 M. gebracht hatte, das sind 97 746,49 M. mehr. Die fünf Monate dieses Geschäftsjahres ergaben 1 330 461,08 M., während in der gleichen Zeit des Vorjahres für 883 421,43 M. Waren umgesetzt wurden, es ergibt sich somit ein Mehr von 447 039,65 M. Während das Geschäftsanteilkonto nach Zuleistung der Rückvergütung auf über 220 000 M. angewachsen ist, beträgt das Sparkonto über 300 000 M. und das Hausanteilkonto etwa 220 000 M. Die Verkaufsstellen 51, Gerichtstraße 3 und 52, Rantewitzstraße 91, sind bereits am 6. bezw. 7. Dezember eröffnet, während die 50. Verkaufsstelle durch unliebsame Verzögerung der baupolizeilichen Genehmigung erst am Donnerstag, den 30. Dezember eröffnet werden kann. Die Genossenschaft hat dann 52 Verkaufsstellen in Betrieb.

Einen herben Verlust hat eine Arbeiterin am Sonnabendabend zwischen 6-8 Uhr erlitten, indem sie auf dem Wege vom Kottbuser Damm (Handorf) durch die Stalizer-, Morianen-, Dranien- bis Wendenstraße ein grünes Damenportemonnaie, enthaltend ein Zehnmarkstück, 17 Mark in Silber und Nickel und eine Arbeiter-Wochenkarte verlor. Der etwaige Finder wird um Mitteilung gebeten an Behrendt, Nieder-Schöneweide, Berliner Straße 131.

Jungen gesucht. Am Dienstag, den 14. Dezember, kurz nach 1 Uhr wurde ein älterer Herr an der Kreuzung der Kaiser-Wilhelm- und der Heiligegeiststraße von einem Dreifachautomobil überfahren.

Zeugen dieses Vorfalles werden dringend gebeten, sich bei Herrn Rechtsanwalt Wurzel, Friedrichstr. 73 zu melden.

Feuerwehrausrichteten. In der fünften Morgenstunde wurde die Feuerwehr am Sonntag nach dem Grundriß der Vorkerinnung „Concordia“ in der Andreasstr. 64 gerufen. Als die Löschzüge unter Führung des Branddirektors Meißel anrückten, stand dort der Dachstuhl des ersten Luergedäudes in hellen Flammen. Das Feuer war vom zweiten Hofe aus, wo sich die „Concordia-Festfälle“ befinden, durch Dachgasse kurz nach 4 Uhr bemerkt worden und hatte sich mit ungewöhnlicher Schnelligkeit ausgedehnt. Ehe ein wirklicher Löschangriff der Feuerwehr möglich war, bildete der gesamte Dachstuhl schon ein einziges Feuermeer. Die Bewohner der oberen Stockwerke benahmen sich sehr aufgeregter und verließen zum Teil fluchtartig ihre Wohnungen. Obgleich mit vier Schlauchleitungen unausgesselt Wasser gegeben wurde, dauerte es doch über eine Stunde, bevor die Gefahr als beseitigt gelten konnte. Da auch viele Mieter große Posten Wäsche, die auf dem Boden lagerte, verloren haben und vom Dachstuhl selbst nichts mehr gerettet werden konnte, so ist der Brandschaden ganz bedeutend.

Ein zweiter größerer Brand beschäftigte die Feuerwehr gleichzeitig in dem Hause Dresdener Straße 11. Hier stand im Erdgeschoß ein Lager der Luxusmöbelfabrik von M. Wöhm, Inhaber Franz Bartels, in Flammen. Brandmeister Berg ließ mit zwei Rohren Wasser geben und verhielte sich dadurch eine weitere Ausdehnung des Feuers. Auch hier ist aber der angerichtete Schaden sehr erheblich. — Ein Benzinautomobil brannte in der Tunderstraße 89. Bei den vergeblichen Löschanversuchen erlitt ein Chauffeur schmerzhaftes Brandwunden an beiden Händen, die ihm von den Samaritern der Feuerwehr verbunden wurden. — Abends 7 Uhr erfolgte dann noch ein Alarm nach dem Wespapalast in der Alexandrinenstraße 110, wo in einem Schaufenster Feuer entstanden war. Die Gefahr konnte aber vom 17. Löschzuge bald beseitigt werden.

Am Sonntagabend wurde die Feuerwehr nach dem Theater von Gebrüder Rood, Brunnstr. 16, am Kolonnenalor alarmiert, auf dem Hofe des großen Grundstücks brannte neben dem Theater auf einem Boden über einem Stall Stroh und die Balkenlage, wahrscheinlich infolge eines Defekts der elektrischen Leitung. Der anwesenden Feuerwehr und der schnell eintreffenden Feuerwehr gelang es, die Gefahr eines großen Brandes und einer Panik zu beseitigen. Auf polizeiliche Anordnung mußte der Stall sofort geräumt werden. Der Quaal war so enorm, daß die Feuerwehr, um an den Brand zu gelangen, Rauchschutzhelme benutzen mußte. Dann konnten die Flammen mit dem kleinen Löschergerät in kurzer Zeit gelöscht werden.

Vorort-Nachrichten.

Weihnachtsveranstaltungen

sind wie alljährlich in verschiedenen Vororten von den politischen Organisationen wie auch von anderen Arbeitervereinen arrangiert.

Der Bezirkswahlverein Stralau begeht seine Weihnachtsfeier am Sonnabend, den 25. Dezember (erster Weihnachtstferiertag), in den Markgrafensälen, Markgrafendamm 34, unter Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters (Dirigent Max Fischer), der Gesangsvereine „Vorwärts IV“ und „Frohstimm“ (M. d. A.-S.-V.), Chorleiter R. Nummer, und des „Berliner Volkssabarett“ des Herrn Rosenmann-Kosse. Anschließend großer Ball. Saalöffnung 6 Uhr. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt nur 30 Pf. Für die arbeitslosen Genossen nebst Familie ist die Teilnahme an der Feier unentgeltlich; sie sind besonders eingeladen.

Der Arbeitergesangverein Schöneberger Männerchor veranstaltet am 1. Weihnachtstferiertag in den Neuen Rathausälen, Weininger Straße 8 ein Konzert nebst Theatervorstellung mit Tanz. Da dieser Verein bei allen Arbeiterfestlichkeiten mitwirkt, so wollen die Genossen sich hieran zahlreich beteiligen.

Der Arbeiter-Turnverein baselst hält am 1. Weihnachtstferiertag in den Spichersälen ebenfalls eine Festlichkeit ab, zu der die Genossen freundlich eingeladen sind.

Die Joffener Partei- und Gewerkschaftsmitglieder veranstalten zum ersten Weihnachtstferiertag, nachmittags 3 1/2 Uhr, eine Bescherung der Kinder. An der Feierlichkeit wirkt der Arbeitergesangverein „Freie Sänger, Jossen“ mit. Der Vorstand des Wahlvereins sowie das Gewerkschaftskomitee erwarten einen zahlreichen Besuch.

Der Wahlverein Potsdam veranstaltet am 2. Weihnachtstferiertag ein Vergnügen im Viktoriagarten unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Solidarität“ und „Säneeglöckchen“. Anfang 6 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenwahlen finden am heutigen Tage in Schöneberg statt. Zur Wahl stehen bekanntlich drei Hausbesitzermandate. Es handelt sich dabei um Bezirke, die zum festen Besitzstand der Sozialdemokratie gehören, um den dritten und siebenten Bezirk. Um nun aber der Sozialdemokratie diese Mandate doch freitig machen zu können, hat man es mit einem anderen Mittel versucht. Im Gegensatz zu seiner sonstigen Gesplogtheit hat der Magistrat den Termin für die Nachwahlen so früh wie möglich angesetzt, damit der Sozialdemokratie die Zeit zur Regelung ihrer Kandidatenfrage auf das äußerste beschnitten wird. Der Magistrat, der ja jetzt schon ganz unter dem Einfluß der liberalen Fraktion steht, hat sich durch diese Tat auch öffentlich als Wahlhelfer dieser Fraktion gezeigt. Die Nachwahlen sind früher stets im Januar vorgenommen worden. Welcher Grund lag denn vor, gerade diesmal von der alten Praxis abzuweichen, wo die Kandidatenfrage für die Sozialdemokratie eine besonders schwierige war? Man triumphierte schon, daß die Sozialdemokratie die Mandate nicht besetzen könne.

Dieser Schachzug mußte von der Sozialdemokratie durchkreuzt werden. Da unserer Partei nur zwei Hausbesitzer als Kandidaten zur Verfügung stehen und die Regelung der Angelegenheit wegen des dritten Hausbesitzermandats bis zum Wahltage ihre Erledigung nicht finden kann, ist vom Wahlkomitee beschlossen worden, den Genossen Fintel, der im 3. Bezirk kandidiert, auch noch im 7. Bezirk als zweiten Kandidaten aufzustellen. Es ist damit Zeit gewonnen, um die Angelegenheit eines weiteren Hausbesitzers zum Abschluß zu bringen.

Wir erwarten nun von unseren Parteigenossen, daß sie am heutigen Wahltage ihre Schuldigkeit tun. Die Mandate müssen der Sozialdemokratie erhalten bleiben. Mit erhöhter Stimmenzahl muß die Sozialdemokratie am heutigen Tage den Sieg davontragen.

Der Kandidat für die Sozialdemokratie im 3. Bezirk: Gastwirt Wilhelm Fintel; im 7. Bezirk: für die Ergänzungswahl auf sechs Jahre Gastwirt Wilhelm Fintel und für die Ergänzung auf zwei Jahre Eigentümer Johann Kottländer.

Die Parteigenossen, die sich zu den Wahlarbeiten zur Verfügung stellen, werden ersucht, sich bei Welsch, Brunwaldstr. 82, oder bei Griebe, Siegfriedstr. 8, einzufinden.

Die Gewährung einer Familienzulage an die händigen verheirateten Arbeiter hat der Schöneberger Magistrat beschlossen. Und zwar sollen die Arbeiter mit vier und fünf Kindern 10 M., sechs

und mehr Kindern 20 M. monatlich erhalten. Die Zulage wird nur für Kinder vor vollendetem vierzehnjährigen Lebensjahre gezahlt, die sich im Haushalte des Arbeiters befinden oder auf seine Kosten anderweit untergebracht sind. Den Verheirateten sind Verwitwete und Geschiedene gleichgestellt, denen der Unterhalt und die Erziehung der Kinder obliegt. Die Familienzulage beginnt mit dem auf die Ernennung zum ständigen Arbeiter folgenden Monats-ersten. Beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis wird die volle Monatsrate gezahlt, wenn der Austritt nach dem 15. des Monats erfolgt. Jedenfalls aber läuft sie fort solange der Arbeitslohn gewährt wird. Die fälligen Beträge gelangen noch vor dem Weihnachtstest zur Auszahlung.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten werden in ihrer letzten Sitzung in diesem Jahre, am Mittwoch, eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen haben. Eine längere Diskussion wird voraussichtlich der Bericht des Ausschusses über den sozialdemokratischen Antrag betreffend die Vorgänge im Waisenhaus Luisen-Andenken hervorrufen. Wie nach dem Gang der Verhandlungen nicht anders zu erwarten war, hat der Ausschuss nur pro forma eine Untersuchung veranstaltet. Was für eine Art Untersuchung das ist, kann man am besten daraus erleben, daß kein einziger der von den Antragstellern vorgeschlagenen Jungen vernommen ist. Die liberale Mehrheit des Ausschusses war von Anfang an entsetzt, dem Hauptvater ein Vertrauensvotum auszusprechen und sie hat dies Vorhaben auch tatsächlich durchgesetzt. Daß die Stadtverordnetenversammlung anders beschließen wird, ist nicht anzunehmen.

Weiter steht auf der Tagesordnung u. a. der Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend Waldschule für Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten. Die Vorlage betr. Errichtung und Vermietung eines Schiedsgerichtsgebäudes auf dem Grundstück Berliner Straße 11/12 und der Bericht des Ausschusses über den sozialdemokratischen Antrag betr. Unfallfürsorge für Ehrenbeamte. Der Antrag geht dahin, den Magistrat zu erlauben a) in Fällen, in denen städtische (männliche wie weibliche) Ehrenbeamte bei Ausübung einer im Dienste der Stadt unternommenen Handlung einen Schaden erleiden, auf Anzeige von dem Unfall die Entschädigung des Betroffenen bezw. im Todesfalle seiner Hinterbliebenen in die Wege zu leiten, gegebenenfalls gegen Abtretung etwaiger Ansprüche der Entschädigungsberechtigten Dritten gegenüber, b) zu diesem Zwecke eine besondere Position in den Stadthaushalt einzustellen.

Von der Mitteilung des Vorstandes, betreffend Kontrolle über die Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung haben wir hervor, daß der Magistrat im Laufe des nächsten Jahres erneut zu dem gesamten Verdingungswesen Stellung nehmen will, ferner, daß noch im Laufe dieses Monats eine Petition um Zerlegung des Reichstagswahlkreises Teltow-Weesow-Storlow-Charlottenburg in der Weise, daß der Stadt Charlottenburg zwei Abgeordnete zugesprochen werden, an den Reichstag abgehen soll. Aus der Antwort des Magistrats auf den Stadtverordnetenbeschluss vom 16. Dezember 1908 betr. eine Beschlussempfehlung der Verhandlungen über den Verkehrsverband Groß-Berlin sei erwähnt, daß Vertreter der an der Gründung des Verkehrsverbandes beteiligten Gemeinden mit Einschluss der Stadt Berlin die von den Gemeindeförperschaften der Stadt Berlin beschlossene Forderung der aufgestellten Satzungen in mehreren Sitzungen einer Revision unterzogen und den Inhalt der Satzungen in verschiedenen Punkten abweichend von den Beschlüssen der Gemeindeförperschaften der Stadt Berlin festgestellt haben. Nach der schließlich getroffenen Vereinbarung soll die neue Fassung der Statuten zunächst der Beschlussfassung der Magistrats der beteiligten Städte unterworfen werden. Der Magistrat der Stadt Berlin hat seine erneute Beschlussfassung von der grundsätzlichen Stellung der Magistrats wenigstens einiger der größeren Vororte abhängig gemacht. Der Charlottenburger Magistrat hat der revidierten Fassung der Satzungen zugestimmt und seine Zustimmung dem Berliner Magistrat bereits am 14. April 1909 mitgeteilt. Inzwischen haben auch die Magistrats von Schönberg, Deutsch-Wilmersdorf und Higdorf ihre grundsätzliche Zustimmung erklärt. Der Charlottenburger Magistrat hat daher Mitteilung über den Beschluss des Berliner Magistrats erbeten. Sobald dieser erlangt ist, wird er der Stadtverordnetenversammlung die revidierten Satzungen mit einer Nachtragsvorlage zugehen lassen.

Groß-Lichterfelde.

Wir haben uns leider schon öfter mit Herrn Kuchmann, Schankwirt und Pächter des „Hohenzollern-Garten“, Berlinerstraße 131, beschäftigt, der bekanntlich über die sozialdemokratische Arbeiterkassette verhängte, indem er die Vergabe seines Lokales zu Versammlungen und selbst zu Vergünstigungen verweigert. Die Wirkung dieses bekannt gewordenen Vorkommnisses äußerte sich darin, daß von den Gästen einer nach dem anderen sich drückte, so daß schließlich nur noch Herr Kuchmann selbst als Gast und Wirt in einer Festsitzung zurückblieb. Nun machte er den Versuch, durch Mobilisierung der preussischen Justiz gegen eine Anzahl Parteigenossen die Schwärze wieder auszuwaschen und die Verlorenen, aber doch gern gezeichneten Gäste wieder zurückzuerobern. Wie wir bereits früher mitteilten, haben seinerzeit eine Anzahl Genossen, sowie die Wortführer der Sozialdemokratischen Partei des Landgerichts II, erhalten, wonach ihnen bei einer Haftstrafe verboten wurde, das Lokal des Kuchmann zu besuchern. Gäste vom Besuch abzuhalten usw. Der Antrag den genannten Personen den Aufenthalt in der Nähe des Lokales überhaupt zu verbieten, war vom Landgericht abgelehnt worden. Das Kammergericht hat auf Beschwerde nun den zehn Beschlüssen, mit Ausnahme der Buchdrucker Singer u. Co., verboten, sich in der Umgegend des Lokales zum Zwecke der Verhinderung von Gästen aufzuhalten oder das Lokal des Klägers zu betreten. In der Begründung heißt es: „Die Beschlüsse erheben begründet. Zunächst ist dem Landgericht darin beizutreten, daß es Anlaß zum Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die sie allein interessierenden Beschlagnahmenden hat. § 940 P.-O., §§ 828, 826 B. G. B. Es muß aber darüber hinaus auch der abgeleitete Teil des Klägers Antrages für begründet erachtet werden. Das Bedenken hinsichtlich der Unbestimmtheit der ersten dieser zwei Anordnungen wird dadurch beseitigt, daß nicht ein Stehen im allgemeinen, sondern nur ein Stehen zum Zwecke der Verhinderung von Gästen, die in das Lokal des Klägers gehen wollen, verboten wird. Es liegt der Klage nicht auf dem Stehen in der Nähe des Lokales, sondern auf dem Stehen zu dem angegebenen bestimmten Zweck und es ist dabei gleich, ob das in größerer oder geringerer Nähe des Klägers Lokales geschieht, weshalb auch statt „Nähe“ das vom Landgericht im Eingang der einstweiligen Verfügung gebrauchte Wort „Umgegend“ angewendet werden ist.“

Ein eigenartiger Verlauf, der ja in dem weiteren Verlauf des Prozesses ebensoviele wie die landgerichtliche Verfügung aufrecht erhalten werden wird. Aber man soll gedulden sein der Obrigkeit, auch wenn sie fehlerhaft. Also möchten wir dringend davor warnen, in der „Umgegend“ des Kuchmannschen Lokales in Groß-Lichterfelde („Hohenzollern-Garten“, Berlinerstraße 131) sich zu dem Zweck aufzuhalten, Gäste vom Betreten des Lokales abzuhalten. Das geschieht am erfolgreichsten, wenn man schon vorher Unzufriedenheit darüber in Kenntnis setzt, weshalb das Kuchmannsche Lokal von all denen gemieden wird, die für Gleichberechtigung auch der Arbeiter im allgemeinen Interesse eintreten.

Mariendorf-Ländchen.

Dem seit langem gehegten Wunsche der Einwohner und dem von unseren Vertretern schon wiederholt gestellten Antrage entsprechend, beschloß die letzte Gemeindevorstandssitzung, die Einschulung der Kinder zweimal im Jahre vorzunehmen. Diesmal kam der Antrag aber von der Schulkommission, nachdem sie Gutachten von den Lehrern eingeholt hatte, die darin merkwürdigerweise mit den gleichen Gründen operierten, wie sie unsere Genossen schon

früher bei der Begründung ihrer Anträge ins Feld geführt hatten. Wenn die Bedürfnisfrage für die zweimalige Einschulung jetzt auch ebenso brennend ist wie früher, so haben die Bürgerlichen doch wenigstens gezeigt, daß sie Verbesserungsvorschläge von Sozialdemokraten nicht zustimmen wollen. — Sodann wurde beschlossen, für die I. Gemeindefürsorge eine neue Lehrstelle zu besetzen. Auf die von einem bürgerlichen Vertreter bei dieser Gelegenheit gestellte Anfrage, ob nicht ebenso wie bei Lehrern der höheren Lehranstalten auch den Volksschullehrern noch vor Weihnachten die bewilligte Gehaltssteigerung gezahlt werden könne, erwiderte der Gemeindevorsteher, daß diesem bei den höheren Lehranstalten von der Regierung nichts in den Weg gelegt werden könne, anders aber bei der Volksschule. Hier werde unter Umständen die Regierung ihre Genehmigung verweigern. Genosse Reichardt führte dem Gemeindevorsteher und den Bürgerlichen vor Augen, daß sie allein daran schuld seien, wenn die Regierung es sich herausnimmt, hier mitzusprechen; sie sollten dieser nur einmal ein steifes Nicken zeigen und nicht bei jeder Gelegenheit, wie bei Wahlen, immer ihr Vertrauen bezeugen, wodurch sie sich selbst zu Mitschuldigen für die Handlungen der Regierung machen. — Durch einen Verstoß von außerordentlicher Bedeutung wurde der Errichtung eines Feuerwehrtropps, verbunden mit einem Depot für die Straßenreinigung, zugestimmt. Das Gebäude soll auf dem ehemaligen Kisterlande in der Friedensstraße errichtet werden. — Genosse Weber teilte noch mit, daß sich vor dem Grundstück Aufhäuserstr. 47 kurz vor Beginn der Sitzung ein Einwohner Mariendorfs durch Anschlägen einen Arm gebrochen habe an einer Stelle, auf deren Ausbesserungsbedürftigkeit unsere Genossen schon öfter hingewiesen haben.

Weißensee.

In Bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindegemeinschaft scheint die Entwicklung des letzten Jahrzehnts an Weißensee spurlos vorübergegangen zu sein. Die Weißenseer Gemeindegemeinschaft wissen zwar, daß in anderen Gemeinden im Krankheitsfalle ein Zuschuß zum Krankengeld gezahlt wird, daß Alters-, Invaliden- und Rentenversicherung geschaffen wurde; der Weißenseer Gemeindevorstand scheint davon nichts zu bemerken. So wurde z. B. den Paralarbeitern erzählt, daß sie im Tageslohn beschäftigt werden, bei Eintritt des Winters erfolgte aber plötzlich die Entlohnung nach Stunden. Bei den an und für sich niedrigen Löhnen der Paralarbeiter bedeutet dies aber eine wesentliche Verschlechterung. Aus allen diesen Gründen sind die Gemeindegemeinschaften zurzeit stark erregt. Um nun diesen unzureichenden Zustand ein Ende zu machen, haben die Gemeindegemeinschaften eine Reihe von Forderungen an die Gemeindevorstand gestellt. Sie verlangen Regelung der Löhne auf der Basis des Wochenlohnes unter Zugrundelegung einer wöchentlichen Arbeitszeit von sechs Tagen zu neun Stunden; Festlegung fünfjähriger Lohnskalen mit alljährlichen Steigerungen. Für Sommer-, Feiertags- und Nachtarbeit 50 Prozent Zuschlag. Gewährung von einer Woche Sommerurlaub nach einjähriger Dienstzeit. An den Sonntagen um 5 Uhr, an den Tagen vor den hohen Festen um 3 Uhr Arbeitsruhe unter Fortzahlung des Lohnes. Für Gärtner wird ein Anfangslohn von 25,50 M. gefordert, steigend jährlich um 1,20 M. bis 33 M.; für Arbeiter 24 M., steigend bis 30 M. In ihrer letzten Versammlung, die sehr gut besucht war, haben die Arbeiter den Entwurf einer Arbeitsordnung durchberaten und einstimmig beschlossen, denselben der Gemeindevorstand zu unterbreiten. Einige Punkte scheitern an der Bewegung schon getragen zu haben, indem in der letzten Sitzung der Gemeindevorstand sämtliche Löhne der Gemeindegemeinschaft um 25 Pf. bzw. 50 Pf. erhöht wurden. Die Gemeindegemeinschaften haben aber erkannt, daß die Vorbedingung für eine günstigeren Beschäftigung ihrer Verhältnisse der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist, und haben sich in namhafter Zahl dem Verbände der Gemeinde- und Staatsarbeiter angeschlossen. Zu wünschen wäre nur, daß die wenigen noch fernstehenden Kollegen sich ebenfalls bald der Organisation anschließen.

Nowawes.

In Sachen der Wertungswachstumsordnung für Nowawes senden uns die in der Gemeindevorstand sitzenden Genossen eine längere Erklärung. Soweit sie sich sachlich zu der Angelegenheit äußert, heißt es in derselben, daß die Ordnung in der Weise zustande gekommen sei, daß die Genossen im Frühjahr den Antrag auf Einführung der genannten Steuer gestellt hätten. Daraufhin sei eine Kommission, der auch unsere Genossen angehört, mit der Ausarbeitung eines Entwurfs betraut worden. Erst nach mühevoller Arbeit sei es gelungen, eine Majorität für diesen Entwurf zustande zu bringen. — Wenn die Genossen mit dieser Darstellung dazumachen wollen, daß sie bereits in dieser Kommission alles getan haben, um eine möglichst ergiebige Steuerordnung zu Stande bringen zu helfen, so wollen wir dem in keiner Weise widersprechen. Bekanntlich bestimmen aber nicht unsere Genossen allein, sondern die Mehrheit bilden die Vertreter des Grundbesitzes. Diese werden die Sache schon so drehen, daß sie bezw. die Terrainsbesitzer nicht zu hart angefaßt werden. Und aus diesem Grunde konnte niemand unsere Genossen in der Kommission ohne weiteres für den aus der Kommission herausgekommenen Entwurf verantwortlich machen, es sei denn, unsere Genossen hätten sich von vornherein auf den Entwurf festgelegt in der Meinung, daß doch nichts Besseres zu erzielen sei. Weil wir bei dieser Gelegenheit kurzlich auf die Taktik der Berliner Stadtverordneten hinwiesen, meinen die Genossen von Nowawes, man dürfe Berlin nicht mit einer kleinen Gemeinde in Parallele stellen. Darin haben sie recht. Die Verhältnisse sind grundverschieden, zumal im Vergleich gegen eine solch arme Gemeinde wie Nowawes. In diesem Sinne haben wir auch keinen Vergleich gezogen, sondern nur auf die Taktik hingewiesen, die von unseren Genossen gegen Vorlagen oder Steuerordnungen eingenommen wird. Das schreiben wir im Hinblick auf den vom Genossen Straß in der Versammlung aufgestellten Grundsatze, keine Anträge zu stellen, weil sonst die Steuerordnung gefährdet worden wäre. Nun sagen aber die Genossen in ihrem jetzigen Schreiben, daß auch sie sich allgemein von dem Grundsatze leiten lassen, alles zu versuchen, um eine Steuer möglichst ergiebig zu gestalten und ihre endgültige Zustimmung abhängig machen von der Gestalt, die sie bekommt.

Ra also! Darauf allein kam es uns nur an.

Am Donnerstag, den 23. Dezember, findet im Lokal des Herrn Max Singer, Weiserstraße 31, eine Weihnachtsfeier unserer Jugend statt. Freunde und Gönner unserer Jugend sind zu dieser Veranstaltung herzlich willkommen. Beginn 8 Uhr abends. Der Jugendausschuß.

Potsdam.

Nachwahlen zur Stadtverordnetenversammlung. Der von den Bürgerlichen aufgestellte Kaufmann Köpfer, der in der dritten Abteilung in Stichwahl mit unserem Genossen stand, hat die Wahl zum Stadtverordneten nicht wieder angenommen. Durch Tod, Wahl zum Stadtrat und durch diese Ablehnung sind nun wieder vier Mandate erledigt, so daß jede Abteilung zur Nachwahl schreiten muß.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärte die stattgehabten Wahlen für gültig, obwohl in der 3. Abteilung die Frist zur Einlegung von Einsprüchen noch nicht abgelaufen ist. Die Maßnahme

hat sich notwendig gemacht, weil die letzte Versammlung im Jahre die Wahlen noch erledigen sollte, diese aber so spät anberaumt waren. Warum hat man den Wahltermin nicht früher festgesetzt? Nachdem sich die Versammlung nach längerer Diskussion für die Einführung der elektrischen Beleuchtung der alten Luisenstraße mittels Bogenschicht entschieden hatte, beschloß sie die anderweitige dienstliche Verwendung der jetzt bei der kommunalen Schlicht- und Fleischsteuer beschäftigten Beamten; diese Steuer muß bekanntlich am 30. März 1910 aufgehoben werden. 18 Beamte sind festangestellt. Von diesen übernimmt der Staat sechs zur weiteren Verwendung, die übrigen zwölf müssen anderweit im Kommunaldienst verwendet werden. Die auf Kündigung angestellten Hilfssteuer-aufsicherer sollen entlassen werden. — Für Umänderung bzw. Ergänzung der beiden 33 Jahre alten Maschinen auf dem Wasserwerke, die jetzt als Hebermaschinen dienen, werden 24 000 M. bewilligt.

Vermischtes.

Die Wasserekrankungen in der Hamburger Irrenanstalt sind, wie sich der Berliner Lokal-Anzeiger melden läßt, nach dem Ergebnis der abgeschlossenen chemischen Untersuchung von Excrementen der bei dieser Gelegenheit verstorbenen Geisteskranken nicht auf einen verbrochenen Anlaß, sondern auf den Genuß nicht einwandfreier Bananen, die im Reis gekocht waren, zurückzuführen. Hiernach würde eine Jährlichkeit der Küchenverwaltung vorliegen, wie sie in den letzten Jahren bei großen Anstaltsbetrieben leider häufiger beobachtet worden ist. Bekanntlich wurde ja auch die Berliner Bevölkerung mehrmals durch Wasserekrankungen in Berliner Krankenhäusern in Aufregung versetzt. Ursache: Bakterien in Fleisch oder sonstwo. Früher hat man aber aus solchen großen Anstalten weder von Bakterien noch von Wasserekrankungen etwas gehört. Da es aber schon damals Bakterien gegeben haben dürfte, muß somit die Sache einen anderen Galen haben. Man hat regelmäßig behauptet, daß in den betreffenden Fällen einwandfreie Nahrungsmittel gekauft und geliefert waren. Demnach bleibt nur die Annahme übrig, daß der gesundheits-schädliche Zustand der Nahrungsmittel immer erst nach der Lieferung durch ungeeignete Aufbewahrung oder Verwertung hervorgerufen worden ist. So etwas kann ja nun, namentlich während des Hochsommers, auch in den bestgeführten Anstaltsbetrieben vorkommen. Aber es soll immer noch mit der gründlichen Kontrolle hapern, ob die aus den Vorratskammern geholten Nahrungsmittel unmittelbar vor ihrer Verwertung sich in durchaus tadellosem Zustande befinden. Was heute noch gut ist oder doch gut scheint, kann morgen schon verdorben sein. Nahrungsmittel, die auch nur im mindesten anrüchig erscheinen, dürfen unter keinen Umständen verwendet werden. Würden vor der Ausgabe an die Krankenstationen umfassendere Kontrollen vorgenommen, so könnten Wasserekrankungen vielleicht vermieden werden. Für Kranke ist stets nur das Beste gut genug. Alles nur einigermaßen Verdächtige muß vernichtet werden.

Das 21. Opfer der Hamburger Katastrophe. Gestern vormittag starb der bei dem Explosionsunfall auf dem Grabsbrook schwer verletzte Zementierer Peterken. Die Zahl der Opfer beträgt nunmehr 21.

Zugzusammenstoß. Aus Ränchen wird gemeldet: Gestern vormittag 8 Uhr stieß im Bahnhof Pasing ein Personenzug mit einer Rangiermaschine zusammen. Zwei Personenwagen entgleisten. Die Strecke war eine Zeit lang gesperrt. Der Zugführer erlitt eine geringfügige Verletzung.

Raubmordversuch eines Fünfzehnjährigen.

Einer Meldung aus Weihenfeld zufolge überfiel der fünfzehnjährige Sattlerlehrling Franke von dort Sonnabendabend die sechszehnjährige Witwe Gänther, bei der er von einem Handverkäufer Geld zu finden hoffte. Er schnitt der Witwe hinterläs etwa zehnmal den Hals durch, stahl ihr Portemonnaie, in welchem nur 30 Pfennig waren, und brückte ihr das Messer in die Hand, um einen Selbstmordversuch vorzutreiben. Dann floh er, wurde aber von der wieder zu sich kommenden, lebensgefährlich verletzten Frau als Täter bezeichnet und verhaftet. Bei seiner Verhaftung gelang es alles ein. In seinen Taschen fand man ein Romanheft mit dem Titel „Abenteuer eines Piratenkapitäns“. Anscheinend hat diese Schundliteratur den sonst anständigen jungen Menschen zu dieser That verleitet.

Feuer in einer Spinnfabrik. Nach einer Meldung aus Blauen brach gestern morgen gegen 1/4 Uhr in dem Hause der Spinnfabrik Uhlmann, Inhaber Edmund Vör, plötzlich Feuer aus, und zwar mit solcher Heftigkeit, daß die Bewohner nicht viel mehr als das Leben retten konnten und zum Teil durch den Qualm hindurchgetragen werden mußten. Mehrere Geschäftsräume brannten vollständig aus. Gegen 2 Uhr war das Feuer in der Hauptsache gelöscht. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt, doch wird Brandstiftung vermutet. Der Schaden ist beträchtlich.

Zusammenstoß mit Wilderern.

Aus Dortmund wird gemeldet: Ein folgenschwerer Zusammenstoß mit Wilderern ereignete sich in der Nacht zum Sonntag in dem großen Walden-Park-Wald in der Nähe von Caltray, welcher dem Förster v. Weiss gehört. Zwei Förster des Gutes befanden sich auf einem nächtlichen Kontrollgange, als sie ein verdächtiges Geräusch wahrnahmen. Gleich darauf krachte ein Schuß und der Förster Wilmann sank schwer getroffen zu Boden. Unterdessen entliefen die Wildernde ungehört. Den schwerverletzten Förster schleppte sein Begleiter in ein nahegelegenes Forsthaus, von wo er nach Caltray ins Krankenhaus gebracht worden ist. Bis gestern abend ist es noch nicht gelungen, den Förster zu vernehmen. Die sofort eingeleitete Verfolgung der Wildernde mit Polizeistellen und Polizeihunden war erfolglos.

Eine Explosion ereignete sich, einer Meldung aus Caserta zufolge, gestern in einer dort heimlich betriebenen Fabrik von Feuerwerkskörpern; das ganze Gebäude stürzte zusammen, fünf Personen wurden unter den Trümmern begraben, drei andere Personen wurden verletzt.

Drei Theaterbrände.

„New York Herald“ berichtet aus New York: Drei Theaterbrände haben Sonntagmorgen in New York heimgesucht. Das Murray Hill-Theater war mit circa 1600 Besuchern besetzt, als auf der Bühne ein Brand ausbrach. Die Besucher stürzten panikartig den Ausgängen zu, wobei 40 Personen verletzt wurden, darunter viele Kinder. Der durch das Feuer angerichtete Schaden ist unbedeutend. — Im Windsor-Theater kam abends während einer Kinematographenvorstellung ein Brand zum Ausbruch, der jedoch durch das Theaterpersonal bald gelöscht wurde, während das Publikum ruhig den Saal räumte. Der Schaden ist bedeutend. — Das Broadway-Theater wurde durch eine Feuerbrunst vollständig zerstört. Der Schaden ist sehr erheblich.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Eutawg, Verlag von Paul Singer), ist und suchen Nr. 6 des 20. Jahrganges eingegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Dies Buch gehört dem Rasen. — Eine Abrechnung wegen des Schwindels mit der Hinterbliebenenversicherung. Von G. — Die Beschäftigung. II. Von Ernst Oberholzer. — Der Vorentwurf eines neuen Strafgesetzbuchs. II. Von H. B. — Niederösterreichische Frauenkonferenz. Von Adelheid Hopp. — Was der Bewegung: Von der Agitation. — Bericht der Kinderhilfskommission für Altona und Ottenen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Legiarbeiterbewegung. Von J.

